Unter der Nebelkappe

Endlich beginnt es auch bei einigen bürgerlichen Blättern zu dämmern. Es tauchen hie und da Artikel auf, daß die Markentwertung nicht auf die politischen Vorgänge zurückführen sei. Um sich zu dieser Erkenntnis durchzuringen, bedurfte es aber erst, daß mehrere Direktoren von Großbanken dies in reichsstreitragenden Artikeln dem mit Millionen konvertierten Spitzer verkündeten, u. a. Reichsbankpräsident Havenstein im Völkischen Abendblatt in höchsteigener Person. Diese Erkenntnis ist indes auch gleich so tiefgründig, als würde jemand die Behauptung aufstellen, daß an einem vom Dache fallenden Ziegelstein, die Straße völlig durchschlägt sei. Oder, um mit Kindern verständlich zu sein, als wenn die „Rote Fahne" die Behauptung aufstellt, wenn ihre Parolen von der Regierung und vom Kapital nicht befolgt werden, daß dann der Bankrott — unvermeidlich ist.

Wir schätzen, daß sich diese Kreise auch noch zu der Erkenntnis durchringen werden, daß es umgekehrt ist, d. h. daß die Politik auf den Marktsturz als Ausdruck des wirtschaftlichen Bankrotts, zurückzuführen ist. Ganz gleich es sicher kommen, wenn der Dollar eine ganze Weile über 1000 stehen wird und die Proletarier des lokalen und partiellen Streiks als vom Kapital durch die Gewerkschaftsbürokratie provozierte Hilfsaktion für den Wiederaufbau erkannt haben.

Bis jetzt ist es noch nicht so weit. Es ist zum Heulen über die sogenannte Wissenschaft. Ein unerhörter Aufwand von „Bildungsmitteln," Universitäten und so, ist nötig, die schreiendste Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Zu einem führenden Industriellen, der Deutschen Bergwerkszeitung" interviuvt, ist ein sehr großer „Volkswirt" und Jurist, der auch noch den Geschichtsschreiber mimt — Rechtsanwalt Dr. Apfelbaum-Köln, in einem noch größeren Artikel von mehreren hundert Zeilen den Nachweis zu liefern, daß der Bankrott durch die Inflation herbeigeführt ist! Nicht die Inflation durch den Bankrott. Damit wären wir glücklich beim Alten Prinzip wieder angelangt, der erkannte, daß die Mamon von der Poverite (Armut) kommt. Oder — deutlicher — bei der Roten Fahne.

Wie dem auch sei, daß der Bankrott da ist, daß schon auch diese großen Gelehrten und Bürger — daran können wir sehen, daß diese Parlamentskommunisten doch keine Bürger sind. Man erkennt, daß große Schichten des Bürgertums ständig mehr ins Proletariat sinken, trotz ganzer Waschkörbe und Bücherschränke voll Banknoten. Daß die Proletarisierung ständig weiter geht und der Produktionsapparat nur noch ein Kartenhaus ist, der zusammenstürzt, wenn der heißersehnte — nur vom Proletariat und bankrottschränkebesitzenden Kleinbürger-Markumschwung kommt, und die Inlandsgerüchte über den Auslandspapiere stehen würden. Schon jetzt macht die Rohstoffbeschaffung fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Markentwertung, zum Teil künstlich herbeigeführt, ist nicht ein probates Mittel, die Löhne zu drücken, denn Proletarier seine Papierscheine recht schnell abzukaufen, um ihr für die Verlängerung der Arbeitszeit gefügig zu machen. Vielmehrlig ist sie aber auch ein gesellschaftliches Schwert. Je höher der Dollar, je minderwertiger die Mark, desto wertvoller der Betriebskapitalismus. Neben der Schwierigkeit Rohstoffe aus dem Ausland zu beschaffen, ist die deutsche Industrie auch schon geschlagen, aus Mangel an Betriebskapital. Die Spekulation und die Auslandskapital saugt sich auf die Mark. Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 6% hat dem nicht abzubrechen vermocht. Neben Portugal, Polen und Oesterreich ist in diesem Punkte Deutschland in der Welt voran.

Auf die letzteren Ursachen aber ist es nicht zurückzuführen, daß Industriepapiere wenig gekauft werden und infolgedessen im Kurse sinken, wie die Wirtschaftsgenossen geschäftlichen Kalibers schreiben. Der Börsenjobber hat eine feine Nase für wirtschaftliche Vorgänge wie die Aktenkreiser in den Redaktionsstuben und die sehr großen Gelehrten. Wenn das Arbeitslosenheer auch fast bis zum letzten Mann in den Produktionsprozeß eingeformt ist, diese Industrie und ihre Papiere haben, für den Kapitalisten keinen Pfifferling wert, wenn es dem Proletariat einfallen sollte, einen Teil der von ihm geschaffenen Güter für sich zu beanspruchen, und, um das durchzudrücken, in größerem Maßstabe die Arbeit einstellen sollte. Denn der Appell kommt beim Essen und das Proletariat könnte hieraus sehr schnell lernen, daß es nicht so schwer ist, alles zu nehmen.

Es geht eben dem Ende entgegen, ob die Mark sinkt oder steigt. Eine Weile noch wird es dem Kapital und den Gewerkschaften möglich sein, von der Markentwertung, d. h. durch die Hierdurch dem Proletariat abgeschnittene Lohndifferenz, zu leben. Der Karren ist aber so abwegig, daß auch das Proletariat einmal merken wird, wo es geendet ist mit seiner Gewerkschaftspolitik. Wenn die Auswirkung der jetzigen Rohstoffpreiserhöhungen über den Produktionsprozeß und Kleinhandel zum Ausdruck kommen wird, wird es dem Parasitentum nicht mehr lange möglich sein, von der seigenden Bezahlung des Proletariats zu leben. Denn je mehr das Proletariat seine Löhne zu „erhöhen" künftig gezwungen wird, desto mehr und schneller wird es in der Lebenshaltung zurückgeworfen. Und was lange währt, wird gut.

Die Frage des Kapitalismus ist zum Schreien. Auf je höherem Hügel der Kolosß steht, desto großspuriger gebärdet er sich. Abgesehen von Oesterreich, das zu einer Gebärde nicht mehr die Kraft aufbringt, und Deutschland, das in beiden Beziehungen diesem etwas nachsteht, tun aber mit Siebenmeilenstiefeln folgt. Der deutsche Bankrott hat bei der Länder, die ihn in Punkten Zerrüttung überlegen sind, immer geschoben. Die Währungen Oesterreichs, Ungarns, Polens, haben den Sturz der Mark mitgemacht. Litauen versucht sich dem Bankrott zu entziehen, indem es sein Zahlungsmittel — die frühere deutsche Lettmark umtauscht — die Schande des Namens!

Die Tschechoslowakei ist in der „glücklichen" Lage, am Valutaturm nicht beteiligt zu sein. Diese wendet von den deutschen Proletariern besondere Beachtung. Die Proletarierbourgeoisie verdrängt es immer, daß die Mark steigen und sich das Einkommen dadurch erhöhen müsse. In der Tschechoslowakei zeigt die Krone seit einem Jahre. Die Rolle des Zauberstäbchens erzielt sie hilflos-getreu zu kupieren: die Gelder die sie stet, wird sie nicht mehr los. Die Krone 65 Pfg. Vorkriegsgeldwert, heute ist sie 18 Mark. Der Export ist abgeschnitten, die Industrie liegt zur Hälfte still, die Produktion geht beständig zurück. Große Industrien haben seit einem Jahre die Hälfte des zweitzeitig weniger produziert. Kurzarbeit 2 bis 3 Tage wöchentlich — ist vorherrschend und das Arbeitslosenheer ist in dem kleinen, nur wenige Millionen Einwohner zählenden Lande auf fast ½ Million angewachsen. Trotzdem es an der russischen und österreichischen Grenze liegt, näheret es sich Deutschland — in Punkten Bankrott. Haß Siegerstaat, ist er auf die Stufe dieser und der Neutralen zukommen.

Der Typus des versäumenden Prahlers ist Frankreich. Wie der preußische Militarismus Jubel und Sieg Autem hieß als es überhaupt nicht mehr ging, schreien diese Herrschaften „Sanktionen" und Krieg, trotzdem sie am Strohhalm hängen. Das Gespenstige der Reparationsleistungen, würde das ganze Gebäude zusammenpurzeln lassen, als wenn ein morsches Schwellenwerk aufs Pfaster fällt. Ein müssiges Gerede, von der Nachfassung der Forderungen. Frankreich würde Deutschland verdringen aus dem Zentrum des Bankrotts und alles in seinen Strudel ziehen. Frankreichs „Volkswirtschaft" hebt sich, aus den Reparationen. Sein großes Heer, entzaftet die Arbeitslosigkeit und zieht das — Staatshaushalt. Dann das Heer — fast 1 Million — wird zum Teil von Deutschland erhalten, zum Teil von Afrika. Es muß heute sehr überlegen, ob die „Sanktionen", die bewaffnete Besetzung Deutschlands, mehr Verlust oder Gewinn bringen würde. Schon jetzt ist Frankreich in Punkten Kriegsführung, ebenfalls in den Zelten des Allen Fritz, daß sich der Krieg selbst ernähren muß. Jedenfalls ist es sicher, daß der Krieg Millionen nicht kosten würde und klirrt gewaltig mit dem Schwert. Es ist aber auch möglich, daß der Krieg die rentenspendende Quelle anzuzapfen würde und es vollständig aufs Trockene brächte. Deshalb muß die Sache doppelt überlegt werden.

Der ganze internationale Kapitalismus ist heute so ineinander verfilzt, daß man nur den bekannten roten Faden herauszuziehen brauchte, um den Schwindelbau zusammen zu klappen.

Liebe macht bekanntlich nicht nur blind. Manchmal öffnet sie auch die Augen. Sollte die Liebe des deutschen Proletariats zu seiner Gewerkschaftspolitik ihm die pfingstliche Kappe vom Gesicht ziehen, daß es seine Gewerkschaftspolitik erkennt, könnte es heute leichter denn je sein, diese nourmächtige Hoffung zu stürzen, um Bayern und Ebert, Lubendorff, Schupo und das Gesetz zum Schutze der Republik in die Asche zu versenken.

So wird's gemacht

Uns wird von Frau Fichtmann folgendes Schreiben zur Verfügung gestellt:

Mir ist das von unzutreffenden Ausführungen überfüllte Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Fisch bekannt. Mir ist aber auch bekannt, daß auf den Antrag dieses Arztes die Beobachtung von Fichtmann in der öffentlichen Anstalt Buch stattgefunden hat. Ich bestreite ferner das Gutachten, welches nach Beendigung dieser Beobachtung der Oberarzt der Irrenanstalt Buch über meinen Mandanten erstattet hat. In diesem Gutachten wird wieder von der Unzurechnungsfähigkeit des § 51 StGB., noch von einer Gemingungsfähigkeit gesprochen. In Uebereinstimmung mit den Angaben, die ich früher vergeblich durch Aufhebung der Untersuchungshaft gemacht habe, wird festgestellt, daß Fichtmann herzleidend und daß seine rechte Lungenspitze angegriffen ist. Er wird für hoffnungslos erklärt, und es wird gesagt, er bedürfe im eigenen Interesse einer weiteren Behandlung.

Wenn man alle diese Gutachten, die nur unlöslich eine höhere Gestung haben, mit den anderen Darlegungen des Gefängnisarztes, der ja nur die Beobachtung in der Anstalt gesehen hat, die Fortschrittlichkeit unzweifelhaft verneinen ist, ist **Frau Fichtmann Gefängnisarzt geblieben** und die Frage, welche weitere Verdängerung dieser Zustand erfahren soll, unnötig erscheinend von einem Gutachter das Wort zu reden, ist ein Gutachten unbrauchbar.

Ich erkläre hierdurch als Verteidiger und als Rechtsvertreter des Leo Fichtmann, zugleich im Namen seiner Ehefrau, den **schärfsten Widerspruch** gegen diese Maßnahme, zumal sie u. E. in einem Gesetz keine Stütze findet. Ich betone, daß durch ein derartiges Verfahren ein Mensch, der bis dem November v. J. in Untersuchungshaft genesen, dann in eine Irrenanstalt gebracht und dann wieder in das Untersuchungsgefängnis zurückgeschickt und dann dem Polizeigefängnis überwiesen worden ist, allerdings schließlich in einen Zustand geraten könnte, der von dem abmicke, was man im allgemeinen als geistige Gesundheit bezeichnet. Das wäre dann aber lediglich eine Folge der bedrohlichen Maßnahmen!

Es mag vielleicht sein, daß der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Interesse daran habe, meinen Klienten Leo Fichtmann zur Freiheit nicht zurückzugeben. Die Organe der ordentlichen Rechtspflege werden doch selbstverständlich berartigen Tendenzen, wenn sie vorhanden sein sollten, keinen Vorschub leisten.

Ges. Viktor Frenkel, Justizrat.

Wie wir kurz vor Schluß der Redaktion erfahren, ist der Genosse Fichtmann wiederum zum Untersuchungsgericht Moabit zurückgeschafft worden. Die ganze Anklage ist bisher haltlos zusammengebrochen und man scheint nun zu versuchen, ihn wenigstens solange als irgend möglich in Haft zu behalten.

Eine Klassenjustiz gibt es aber selbstverständlich in der deutschen demokratischen Republik nicht!

Kommunismus und Gewalt

Auf die Frage: Was ist Kommunismus? hat Friedrich Engels in seinem Entwurf zum Kommunistischen Manifest geantwortet: Er ist die „Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats".

Das Proletariat ist diejenige Klasse in der heutigen Ordnung, die über nichts anderes als ihre Arbeitskraft verfügt und die, um leben zu können, diese Arbeitskraft wie eine Ware feil- oder stundenweise vermieten muß. Aus der Lage als Lohnsklave soll es durch den Kommunismus befreit werden. Die Befreiung aus der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit kann nicht nach gefühlsmäßigen Wünschen erfolgen, sondern muß sich vollziehen als die aus den politisch-ökonomischen Verhältnissen abgeleitete und gewollte revolutionäre Tat. Diese Tat ist ein Ziel Kommunismus.

Die Aufhebung des Arbeiters wird möglich, weil eine herrschende Schicht von Menschen allein über die Produktionsmittel verfügt. Die Durchführung des Kommunismus und damit die Aenderung der Lage der Arbeiterklasse bedingt eine völlige Umwälzung der Gesellschaft. Vorübergehende noch so gut gemeinte sozialreformerische Bestellungen können den Hunger der Getrockneten nicht stillen. Nur eine grundlegende Aenderung der Produktion kann dem Proletariat helfen. Der Kommunismus ist also ein revolutionäres, Kommunismus Prinzip. Eine neue Wirtschaftsform, die sich nur durchsetzen wird, wenn durch eine Revolution die alten Eigentumsverhältnisse überwunden werden, das Privateigentum auf der Hand des Einzelnen in die Hände der Gesamtheit überführt wird.

Der Besitz der Produktionsmittel bedeutet aber auch gleichzeitig Besitz der politischen Macht. Wenn die ökonomische Herrschaft den Besitzenden verloren gehen würden soll, so muß auch deren politische Macht gebrochen werden. Der Kommunismus als ökonomisches Prinzip ist darum ebenso gut eine politische Machtfrage. Wollen die Unterdrückten ihre neue Wirtschaftsform, dann müssen sie die Staatsmacht des Kapitals zerbrechen, an die Stelle der Diktatur der Ausbeuter die Diktatur der Ausgebeuteten setzen.

Wird nun die Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege möglich sein? Werden sich die Besitzenden ruhig enteignen lassen? Oder wird die unterdrückte Klasse die Gewalt sich der Gewalt der unterdrückenden Klasse gegenüberstellen müssen, um zu ihrem Ziele zu kommen?

Die Kommunisten sind keine Gewaltanbeter, die nach dem Blut ihrer Gegner lechzen. Sie wären die Allerletzten, die gegen eine friedliche Umgestaltung der Wirtschaftsordnung etwas einzuwenden hätten. Sie könnten es nur wünschen, daß die Entwicklung so ihren Lauf nähme. Doch wählen sie eben die Dinge in der rauhen Wirklichkeit nicht nach ihren Wünschen und Hoffen, sondern nach dem ehernen Muß der Geschichte. Die Revolutionen sind keine bösartige Tat irgend einer Gruppe von Menschen. Sie sind „jede Zeit die notwendige Folge von Umständen", welche ohne dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind". Allerdings zeigt die Geschichte der Revolutionen, daß noch jede interessierte Klasse mit allen Mitteln und den der Gewalt, der aufsteigenden Klasse den Weg zu versperren suchte. In solchen Momenten wird die werdende Klasse gezwungen, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Die Gewalt bewährte sich bis jetzt in der Geschichte immer als die Geburtshelferin einer neuen Zeit. Auf ihre Anwendung wird das Proletariat in seiner Revolution nicht verzichten können.

Das zusammenbrechende Kapital hat in der letzten Periode der revolutionären Revolution bewiesen, daß es vor keinem Verbrechen an den Arbeitern zurückscheut. Die rasende wirre Ordnung hat Tausende der Besten gemordet, gemeuchelt und auf der Flucht erschossen". Hunderte von Revolutionären werden in den Zuchthäusern und Gefängnissen der demokratischen Republik gemartert und zu Tode gequält. Das Proletariat muß aus allen diesen Erscheinungen lernen und der Bourgeoisie mit denselben Mitteln begegnen, wenn es nicht zu Boden treten will. Die Geschichte der Pariser Kommune liefert den Beweis seines Hinbleibens läßt es sich leider nicht von seinen Gegnern niederschreiben. Der Kommunismus ist nicht die Gewalt, aber die Proletarier bedürfen ihrer. Die untergehende Gesellschaft zwingt sie dazu.

Aus der Partei

Westsachsen

Zwickau, den 15. 7. 1922.

Am 9. 7. tagte in Zwickau eine Bezirkskonferenz der K.A.D. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. die politischen Vorgänge und die Situation, 3. Agitation. Erschienen waren: Hohenstein-Ernstthal, Schneeberg, Leipzig, und Vertreter der K.A.D. Zwei Genossen von Leipzig erstatteten Bericht von dem in Hannover stattgefundenen Parteitag. Es war aber kein Bericht, sondern es war ein wissenschaftlicher Vortrag für Kenner. Wir gingen sofort auf den Kern der Sache ein und nützten die Tribüne der Eisener in die Debatte. Das war aber wohl nicht der Zweck der Uebung, sondern die Leipziger stellten einen Antrag: Wer die Beschlüsse von dem Hannoverschen Parteitag nicht anerkennt, habe den außerhalb der Partei. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es ist ja bekannt, daß die nach wie vor zur K.A.D. stehen, haben sich sofort zusammengeschlossen und im Interesse der Partei die notwendigen Maßnahmen getroffen. Der Beitrag wurde auf wöchentlich 1 Mark festgesetzt. (Die anderen wollen auch nur 1 Mark bezahlen.) Diese Härtung war notwendig, denn trotzdem viele unterschieden sich durch nicht von der K.A.D.

Alle Zuschriften des Bezirks Zwickau für K.A.D. und Union sind künftig zu richten an Willy Schumann, Zwickau, Hauptmarktstr. 15 II.

Mitgliederversammlungen der K.A.D. und Union jeden Dienstag, in Germania, Schneeberger Straße 34. Jeden Freitag in bemerkten Lokal Mitgliederversammlung der Jugend.

Der Bezirkssekretär.

Eine ekelhafte Gesellschaft

In der von den Leuten um Sachs u. Co. herausgegebenen Zeitung, die irreführenderweise den Titel „K.A.D." trägt, ist ein Brief veröffentlicht, der angeblich die hetzerische Stellungnahme eines Genossen dazu. Aus diesem veröffentlichten Brief geht hervor, daß es sich schon um eine geistige Verwirrung von Leuten handelt, die sich gedrängt haben mit Worten getrennt sich wer weiß wem. Ein Brief berartiger Art kann unmöglich in eine Zeitung kommen. Wenn diesem Brief trotzdem dazu dient, ihre Mitglieder zu „festigen" — offensichtlich sind die die einzigen Mittel — so wäre auf anderem Wege es wohl möglich gewesen, den Mitgliedern das „Material" zuzuführen.

Die von Moral triefenden Geister fordern uns auf, die in dem Brief aufgestellten Behauptungen zu beweisen und dies ebenfalls in der Zeitung. Hier ist die Antwort:

Erstens: Der Aktionsausschuß Groß-Berlins als solcher hat zu beiden Schreiben schriftlich seine Stellung übermittelt. Diese in der Zeitung zu veröffentlichen, lehnen wir ab. Wenn nicht der letzte Rest von politischem Menschtstandgefühl verloren der Hunde gestoßen wäre, so hätten sie dies zugleich mit Veröffentlichung dieses Briefes tun müssen. Daß sie es nicht taten, zeigt offen die provokatorische Absicht. Aus grundsätzlichen Motiven heraus betonen wir jedoch trotzdem, daß wir eine Veröffentlichung auch jetzt nicht wünschen.

Zweitens: Wir werden aufgefordert, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Ich ist zu sagen, daß wir keine Spitzel sind und keine Spitzelarbeit verrichten. Im übrigen haben wir auch gar kein Interesse daran, zu erfahren, was Leute treiben, die außerhalb der Partei stehen. Dies ist wirklich „Privatsache". Der Versuch, durch Veröffentlichung eines solchen Schreibens jemanden zur Denunziation zu treiben, wird scheitern.

Drittens: Das politische Gerüchten über Konzeption ist auf den Grund zu gehen, ist in der Partei eine Untersuchungskommission vorhanden, der sich jeder zu unterwerfen hat. Wer jedoch, als die Geschichte brenzlich wurde, anstatt den Verhältnissen ins Gesicht zu sehen, dadurch sich selbst in ein mehr als zweifelhaftes Licht stellt, hat es Ernst um Fall und der Partei austritt — dem ist auch eine solche Gemeinheit zuzutrauen, wie es mit der Veröffentlichung dieses Briefes geschehen ist.

An dieser Tatsache ändert eine Scheinheiligkeit moralischer Entrüstung ebensowenig, als der Versuch, sich vor dem Kreis zurückzuziehen.

---

6. Bezirk. Freitag, den 11. August 1922, abends 7½ Uhr im Lokal „Paris" (Schönhauser Allee 37) öffentlicher Diskussionsabend. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Bezirksleiter.

---

13. Bezirk. Freitag, den 11. 8. 19 2, abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Gerichtstraße 32.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehers, Neukölln. — Druck und Kommissionsverlag: Arbeiter-Jugend-Verlag, Berlin. — Verlag: Kommunistischer Arbeiter-Verlag, Berlin. — Verlag: Deutschland. Inhaber: Karl Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Oranienstraße 160.

3. Jahrg. Nr. 57. Preis 4 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksgeschäftsstellen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40020

Abonnementspreis für Groß-Berlin 35 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 40.— M. monatlich, nach dem Ausland 90.— M. monatlich.

Die Folgen der Mark-Katastrophe für die deutsche Wirtschaft

Das Gesuch der deutschen Regierung um Stundung der Reparationsforderung hat einen Zusammenbruch der deutschen Mark hervorgerufen, der von außerordentlich einschneidender Wirkung sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft ist. Es handelt sich darum, ob das deutsche Kapital noch im Weltmarkt und Weltverkehr, überhaupt für das hochspekulativ Ausland noch kreditfähig ist. Diese Kreditfähigkeit ist die Grundlage der deutschen Wirtschaft, da diese zur Aufrechterhaltung der Produktion auf den Rohstoffbezug angewiesen ist. Bis jetzt war es dem deutschen Kapital gelungen, sich die notwendigen Rohstoffe zu beschaffen. So hat Deutschland in letzter Zeit ganz besonders seinen Bezug in Kupfer erheblich steigern können. Seine Einfuhr ist um 300% höher als die Frankreichs als die Japans. Im Baumwollimport steht es sogar an der Spitze mit über 140000 Ballen gegenüber England mit 109000 Ballen. Wenn die deutsche Valuta sich nur auf der jetzigen Höhe von ca. 800 hält, so muß mit einem ganz erheblichen Rückgang der Einfuhr und damit der Produktion gerechnet werden. Man muß dabei noch berücksichtigen, daß die deutsche Handelsbilanz schon im 1. Halbjahr 1922 eine Passivität von 12 Milliarden aufwies. Verschärft wird diese Krise noch durch die Umsätzerung zu die Weltmarktpreise. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schwindet. Das Ausland hat es nicht mehr notwendig, sich gegen eine deutsche Dumpingpolitik zu schützen. Es wird sich noch dadurch die Wirkung des bisher gegen die deutsche Einfuhr aufgebauten Zollschranken noch verstärken. Diese Zollschranken hatten für die amerikanische und englische Wirtschaft schon eine langsame Erholung gebracht. In Amerika geht die Arbeitslosigkeit stark zurück.

Der Export ist erheblich gesteigert. Die Vereinigten Staaten exportierten im März 1922 für 43,5 Millionen Dollar gegen 45,8 Millionen Dollar im März 1922. Beim Vergleich dieser beiden Ziffern muß man berücksichtigen, daß in der Zwischenzeit eine starke Preissenkung stattgefunden hat. In England stiegen die Rohstofferzeugnisse im Mai auf 407,900 Tonnen. Dies ist die größte monatliche Produktion seit Beendigung des Bergarbeiterstreiks. Auch der englische Kohlenexport ist beständig gestiegen. Die Erholung erstreckt sich auch auf Frankreich und Schweden. Es ist ein Zeichen dafür, daß das deutsche Kapital allmählich vom Weltmarkt ausgeschaltet wird. Diese Ausschaltung ist eine Zwangserscheinung, welche aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch resultiert. Es ist nur die Frage, ob diese Konjunktur ein Zeichen der Stabilisierung bildet oder ob sie ein Provisorium ist. Sie ist geboren aus dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, welche, wie schon oben ausgeführt, erhöhte Anforderungen an das ausländische Kapital gestellt hat. Hört dieser Bezug auf, so erledigt sich damit auch der scheinbare wirtschaftliche Aufschwung. Es ist schon dargelegt, daß er infolge der Markentwertung nachlassen muß. Die deutsche Kaufkraft wird immer mehr sinken, da auch gleichzeitig der Export zurückgeht. Sowohl der deutsche Konsum als auch die deutsche Produktion würde für den Weltmarkt bedeutungslos werden, zumal noch der Haltung Poincares in London mit einer weiteren Anspannung in der deutschen Wirtschaft durch Reparationsforderung zu rechnen ist. Das mitteleuropäische Industriebecken, welches vor dem Weltkrieg die Grundlage der Weltwirtschaft bildete, wird so von einer ungeheuren Katastrophe erfaßt werden.

Man kann sich ein ungefähres Bild der wirtschaftlichen Situation machen, wenn man die Steigerung der Großhandelspreise von Juni 1922 bis Anfang August betrachtet. Der Index zeigte für Juni unter Zugrundelegung einer Hundertpartitis für die Vorkriegszeit eine Steigerung auf 7841. Diese erhöhte sich im Juli auf 9140 und erreichte im August einen Stand von 13936. Dies bedeutet 139fache Friedenspreise. Am stärksten von der Erhöhung sind keineswegs die Lebens- und Genußmittel betroffen, welche eine Indexziffer von nur 13691, in erster Reihe Textilien und Leder, welche 215fache Friedenspreise aufweisen. Gleich hinter ihnen kommen Mineralien mit einer Indexziffer von 14355. Die Steigerung der Großhandelsindexziffer gegen Januar 1922 beträgt 380%, von 4238 auf 13936. Dies dinet natürlich auch seinen Ausdruck in der Rohstoffeinfuhr und in einer angespannten Kreditnot, trotzdem der Banknotenumlauf eine ganz erhebliche Erhöhung erfahren hat. Das deutsche Industrie-Kapital ist nicht mehr in der Lage, sich das für den Rohstoffeinkauf notwendige Kapital zu beschaffen. Flüssiges Geld gibt es überhaupt nicht mehr auf dem Markte. Infolgedessen mußte das deutsche Kapital in verstärktem Maße neuen Kapitalbeschaffung sich an das ausländische Kapital wenden.

Dies vermeidet aber wegen der völligen Aussichtslosigkeit einer Gesundung der deutschen Wirtschaft jede Hilfe, zumal da das einheimische Kapital an es stärkere Anforderungen infolge oben angeführter Belebung stellt.

Die neuten Forderungen Frankreichs werden wohl kaum zur Hebung der Kreditwürdigkeit beitragen. Neben einer vollkommenen Kontrolle der deutschen Wirtschaft verlangt er im Falle einer Bewilligung eines Moratoriums sogenannte „produktive Pfänder". Diese sollen in einer Kontrolle der Einnahmen aus den staatlichen Bergwerken und Wäldern und in einer Beteiligung an der deutschen Industrie durch Vermehrung des Aktienkapitals zur 26% und Abgabe dieser neuen Aktien an die Reparationskommission bestehen. Außerdem soll die innere Zollgrenze im besetzten Gebiet wie 1920, 1921 und östlich der Ruhr wegen einer neuen Besteuerung der Ruhrkohle zu Gunsten der Reparationskasse aufgerichtet werden. Schließlich verlangt er noch neue Steuern, „da Deutschland bisher ernstlich mit Steuern nicht belastet sei." Das Steuerprogramm der USP. und der KPD. — Verfassung der Sachwerte — soll prompt durch das Entente-Kapital durchgeführt werden.

Die französischen Sachverständigen schätzen den Ertrag der von ihnen vorgeschlagenen produktiven Pfänder auf jährlich 1610 Millionen Goldmark. Die englischen Sachverständigen haben diese Berechnung, insbesondere die zugrunde liegenden Zahlen stark angegriffen. Sie schätzen den Ertrag höchstens auf 700 Millionen Goldmark. Dieser Betrag würde außerdem durch die für die Durchführung notwendigen Maß-

Die Londoner Konferenz

Wenn man die internationalen Konferenzen in Serien einteilt, und jede Serie ein Dutzend umfassen würde, so beginnt mit der Londoner Konferenz die zweite Serie, wobei ein ganzes Bündel „Privat-Konferenzen" von vornherein ausscheidet. Wer ganz objektiv die Entwicklung von Versailles bis London verfolgt, und den Zweck der Konferenzen mit dem Resultat vergleicht, der muß und wird zu dem Schluß kommen: Wenn die Aufgabe dieser Konferenzen die ist, das kapitalistische Chaos zu vergrößern, so ist auf diesen Konferenzen gute und praktische Arbeit geleistet worden, und ihre Teilnehmer können stolz darauf sein. Daß jedoch nach jeder Konferenz gerade die Hoffnungslosigkeit der Konferenzen, die den kapitalistischen Wiederaufbau fördern sollen — so kraß in Erscheinung tritt, dadurch daß alle Illusionen der Kleinbürger zerfliegen, und das kapitalistische Gebäude immer heftigere Stöße erleidet, ist ein Beweis dafür, daß sich hier ein Wille gegen natürliche Gesetze auftürmt, und daß diese Gesetze sich eben stärker erweisen als alle Illusionen.

Die Londoner Konferenz sollte die Streitigkeiten im Lager der Entente beheben. Der einzig feste Block der in Europa noch vorhanden ist, das ist die Entente. Ihrem Diktat waren bis jetzt alle „besiegten" Staaten unterworfen. Der Vertrag von Versailles bildete die gemeinsame Grundlage. Die ganz richtige Erkenntnis, daß nur die unbedingte Solidarität der Siegerstaaten unterstützen die Grundlage bieten, die durch den gewonnenen Krieg geschaffene Lage voll auszunützen, war der Leitsatz der Politik des Ententeblockes. Diese gemeinsame Grundlage war so lange von Wert, solange die Interessen der „Siegerstaaten" nicht gegenüberstießen. Mit dem Moment, wo dies der Fall ist, gibt es letzten Endes eben nur eine Alternative: Entweder der Bruch, oder Kompromiß auf Kompromiß. Dadurch wird ganz von selbst die gemeinsame Grundlage erschüttert, und der „Sieg" als das aufgezeigt, was er ist, als eine Etappe des Bankrotts der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Zweck der Londoner Konferenz diente ausschließlich dem Zweck, eine Verständigung zwischen dem französischen und englischen Imperialismus herbeizuführen. Die Rückwirkungen der Reparationspolitik gegenüber Deutschland auf Frankreich und England war durchaus verschieden. Die durch den Marktsturz (als Folge der Reparationspolitik) bewirkte Schleuderkonkurrenz Deutschlands traf die englische Konkurrenz ganz empfindlich. England hatte daher ein lebhaftes Interesse an der Stabilisierung der deutschen Währung. Es aber nur eintreten konnte, wenn die Reparationsverpflichtungen auf ein „erträgliches" Maß herabgesetzt wurden. Dieser Verzicht wird von Frankreich aufs schärfste bekämpft, weil eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen automatisch den Bankerott Frankreichs herbeiführen müßte. Außerdem wünscht England ein — wohl von England abhängiges aber gegenüber Frankreich konkurrenzfähiges Deutschland. England weiß ganz genau, daß die Langrohre der Franzosen auf die englische Kasse gerichtet sind, und daß nur ein erfolgreicher Wirtschaftskampf gegen Frankreich, den französischen Militarismus treffen kann. In Anbetracht dieser Tatsache hat denn auch Frankreich vor der Konferenz zugegriffen, und eigenmächtig die Linie desjenigen, die es zu marschieren gedenkt.

Das Gesuch der deutschen Regierung hat Frankreich damit beantwortet, daß es in ultimativer Form Sanktionen ankündigt und zu gleicher Zeit die Abtretung, die Ablösung durch französische Banken an deutsche Kapitalisten einzustellen. Für die Konferenz selbst hat dann Poincare ein Programm entrollt, das eine Kontrolle über den säumigen Schuldner gewährleisten soll:

„Uebernahme der Reichsbank, Uebernahme des Ausfuhrhandels, Uebernahme der Zweisenwerkehrs, Sonderbestimmungen der Rohstoffe, Wiederaufrichtung der Zollschranken an der Ostgrenze des besetzten Gebietes, Uebernahme der Staatseinnahmen aus Wäldern und Bergwerken, Beteiligung an der deutschen Industrie usw., Post, Eisenbahn und alle anderen öffentlichen Betriebe würden natürlich ebenfalls unter Kontrolle gestellt usw."

Dies zeigt den „ehrlichen" Willen zum Wiederaufbau, wie ihn das Kapital versteht. Die Form, in welcher Frankreich auf der Konferenz diesen Plan vortrug, ließ erkennen, daß der französische Imperialismus sich seiner Stärke voll bewußt ist. Ropp George wurde einfach vor die Frage gestellt, den Bruch — der für alle Teile verhängnisvoll ist — zu vollziehen, oder um den Preis der „Einheit" willen, diese Bedingungen im Prinzip zu schlucken. Eine neue Konferenz wird angekündigt. Die Londoner Konferenz teilt das Schicksal ihrer Vorgängerinnen. Nach der Konferenz wird die Entäuschung desjenigen gering sein, weil die Hoffnungen gering waren, selbst bei den deutschen Proletariat, das Illusionen nur zu leicht zugänglich ist. Der Versuch der Gewerkschaften, den englischen Kapitalismus als Retter der deutschen Arbeiterschaft hinzustellen, hat ungeahnt die Wirkung der letzten „Siegesmeldungen" vor dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus.

Der Vertrag von Versailles, auf dessen „rechtlicher" Grundlage Poincare seine „Sanktionen" ausbaute, ist ab das letzte und unverrückbare Fundament des „Wiederaufbaus" und immer wieder muß der deutsche Proletariat geopfert werden. Er ist unterzeichnet von den Gewerkschaften. Und diejenigen Proletarier, die heute noch wählen zwischen „Erfüllungs"politik und der „Katastrophen"politik der Kapitalisten, sie wählen in Wirklichkeit zwischen zwei Trachten Prügeln. Sie wählen zwischen: „Schrecken ohne Ende" oder „einem Ende mit Schrecken". Für gutherzig wird alles auf eine herauskommen: Die Arbeiterklasse muß für seine Sünden die Folgen des kapitalistischen „Wiederaufbaus" zusammenbrechen.

Für das Proletariat kann es keinen besseren Anschauungsunterricht geben, als die Konferenzen des internationalen Kapitals. Die Arbeiterschaft kann sich eigentlich nicht darüber beklagen, daß sie über die Pläne des Kapitals im Unklaren gehalten wird. Offen, und ohne Sentimentalität deckt das Kapital seinen Bankerott auf. Offen und brutal hat Lloyd George dem deutschen Proletariat gesagt: „Daß eine Wiedergeburtung der deutschen Arbeiterklasse eine weit größere Gefahr wäre, als Rußland, und daß diese Gefahr nur gebannt wer

nahmen größtenteils verschlungen werden. In Wirklichkeit sind Wirtschaftsbeziehungen nur vorgeschoben. Das englische Kapital befürchtet, daß der Plan der Pfälzer nur die Einleitung zur Besetzung des Rheinlandes ist, da die wichtigsten Pfälzer im Rheinlande liegen. Der englische Schatzkanzler Horne hat, als er von dem Poincaré'schen Plan Kenntnis bekam, sofort den eigentlichen Inhalt begriffen. Er erklärte:

„Das sind keine Garantien, das sind Sanktionen. Dies Programm hat politischen Charakter". Das rheinisch-westfälische Industriegebiet soll auf diesem Umwege in den französischen Wirtschaftsbereich hineingezogen werden. Dies wird für das englische Kapital eine ungeheure Belastung bedeuten, wenn man dabei noch berücksichtigt, daß durch das Fallen des Frank eine außerordentliche Besserung der französischen Wirtschaftskonjunktur schon vorgetäuscht war. So ist die Zahl der Erwerbslosen, die auf 4500 im Juni gestiegen. Besonders stark zeigte sich die Belebung in der französischen Montanindustrie. Sie war so stark, daß die italienische Schwerindustrie bereits Klagen gegen ein französischen Dumping erhob und Zollmaßnahmen verlangten. Es ist daher der vom englischen Kapital geleistete Widerstand sehr wohl verständlich, wenn er auch nicht die Formen angenommen hat, von denen die deutsche bürgerliche Presse berichtet. Es ist völlig auszuschließen, daß es zu einem Abkommen kommen, es wird vielmehr schleichlich ein vorläufiger Ausgleich zwischen dem englischen und französischen Kapital geschlossen werden, welcher bei der schwachen englischen Position zu einem Sieg des französischen Kapitalismus führen dürfte. Dieses Gefühl hat auch die Börse beherrscht. Der Dollar hat bald den Stand von 900 erreicht. Das deutsche Kapital hat damit begonnen, seine gewaltigen Markbestände in Devisen umzusetzen, um sich so vor einer weiteren Markentwertung zu schützen. Die Marktflucht ist ganz allgemein geworden. Die Papiermarkwaltung Deutschlands wird völlig aufhören. Schon jetzt, wo es in den Hauptindustrien nur möglich ist, Fertigfabrikate in ausländischer Valuta, je nach dem Bezugsort der Rohstoffe, einzukaufen. Diese Tendenz hat sich mit der stinkenden Kaufkraft des Markpapiers nach verschärft. Die Folge wird für den heutigen Konsumenten, insbesondere die Rentierschaft, deren Einnahmen immer in Papiermark gehalten werden, geradezu katastrophal sein. Das Kapital wird, um sich vor Geldentwertung zu decken, täglich die Preise für die Bedarfsartikel dem Dollarstande anpassen, um die für den Bezug neuer Waren notwendigen Devisen eindecken zu können. Wir befinden uns jetzt schon im Anfang dieser Epoche. Jeder Lebensmittelhändler richtet sich nach dem Dollarkurs. Die Preise wechseln von Tag zu Tag. Die Löhne halten mit der Preissteigerung nicht im entferntesten Maße Schritt. Die Warenhamsterei und der Ausverkauf in den Detail-Geschäften haben enorme Formen angenommen. Die Bourgeoisie und die Arbeiter-Aristokratie jetzt ihre gesamten Ersparnisse in Waren um. Die Auffassung, daß die Papiermark völlig wertlos sei, ist allgemein geworden. Es wird dies auch gleichzeitig der Tod der Einkauf des deutschen Konsumenten sein, denn die Erhöhung der Lebensmittelpreise verschlingt völlig die Einnahmen. Der Rückgang der deutschen Produktivität infolge der Entwertung der Mark wird diesen Zustand noch verschärfen. Schon bis zum Eintritt der neuen Markkatastrophe war ein erheblicher Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen. Die deutsche Kohlenförderung im jetzigen Gebietsumfang ist um 20% geringer; obwohl sich die Zahl der Bergarbeiter um 40% erhöhte. Die Roheisenerzeugung ist von 11,5 Millionen Tonnen auf zirka 7 Millionen gesunken. Die Rohstahlerzeugung von 12,7 auf 8,7 Millionen Tonnen. Die Textilproduktion bleibt um mehr als 25% gegen die Vorkriegszeit zurück. In gleicher Höhe ist ein Rückgang der Jahresleistung der deutschen Bahnen zu verzeichnen. Trotz der geringen Arbeitslosenziffern läuft die deutsche Wirtschaft doch noch mit 40% seines Produktionsapparates her. Dies geht besonders daraus hervor, daß die Gesamtein- und Ausfuhr nach auf 43% der Vorkriegseinfuhr gesunken ist, davon ist die Rohstoffeinfuhr auf 36%, die Einfuhr von mineralischen Rohstoffen sogar auf 35% gesunken.

Gleichzeitig ist der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft der Kaufkraft nach um ca. 45% gegenüber dem Vorkriegseinkommen am Stande des Juni 1922 gemessen, zurückgeblieben. Ein erheblicher Rückgang wird noch nach der neuen Markkatastrophe zu verzeichnen sein.

Das Zahlenmaterial stammt aus einer amtlichen Denkschrift über das deutsche Wirtschaftsleben und wird auch nicht annähernd der tatsächlichen Wirtschaftslage gerecht, da es vor allen Dingen nicht den Verschleiß der Produktionsmittel berücksichtigt. Die Unmöglichkeit von Neuanlegungen nach dem Stande der heutigen Technik macht in Zusammenhang mit der schon geschilderten Exportunfähigkeit einen weiteren erheblichen Rückgang der Produktion notwendig. Die schlechte Währung, welche bisher den Export ermöglichte, ist nunmehr so schlecht geworden, daß sie ihn geradezu unterbindet. Der Goldwert vor Kriegsausbruch übersteig 10 Milliarden Goldmark, der Goldwert der Ausfuhr 1921 nur noch 3,6 Milliarden und ist beim weiteren Fallen der Mark immer stärker zurückgegangen. Der Arbeiterschaft trifft der Rückgang naturgemäß am stärksten, da das Kapital sich vor allem seine Profitrate zu erhalten sucht.

Gegenüber diesem Zustand heißen nicht Forderungen an das deutsche Kapital denken, wie sie die „Rote Fahne" in ihrer wirtschaftlichen Rundschau in der Sonntagsnummer vorschlägt. Geradezu bewundernswert ist die Naivität. Es wird nur nach Erhöhung des Geldlohnes in dem Umfange verlangt, daß der Reallohn, der vor der Markkatastrophe in Deutschland bestand, wiederhergestellt wird. Es wird damit nur noch die Hälfte des Reallohns der Vorkriegszeit als berechtigt anerkannt. Weiter wird Beschlagnahme der Devisen, der Auslandsguthaben, Kontrolle der Banken durch die Arbeiterschaft, der Landwirtschaft durch Gutsräte und Kontrolle über die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte verlangt. Den Clou bildet die Forderung nach der Kontrolle über die Preisbildung. Die KPD. will anscheinend die Kapitalisten nur kontrollieren. Sie denkt, daß ein fetter Aufsichtsrat existiert, der das Proletariat fett macht. Sie erklärt die Durchführung dieser Maßnahmen für eine Machtfrage und die Taktik selbst als den revolutionären Klassenkampf der Arbeiterschaft.

Die USP. nimmt den hilflosen Greis auf dem Dache in edler Gemeinschaft mit der SPD.

Sämtliche sozialistischen Parteien und die KPD. kommen nicht auf den Gedanken, in der Arbeiterschaft den Ansatz der Eroberung der politischen Macht aufzugreifen und sie zum revolutionären Kampf aufzufordern.

Gedanken zur letzten Betriebsräte-Versammlung

Die Betriebsräte mit ihrer Spitzenorganisation, der Betriebsräte-Generalversammlung, sind der Ausdruck eines neuen Werdens, sind der Lebenskeim der kommenden Wirtschaftsordnung des Proletariats. Sie haben als solche, abgesehen von ihrer späteren Arbeit in der kommenden Gesellschaft heute vor allem die Aufgabe das Proletariat zusammenzufassen, es im Kampf zu führen, vorwärts zu treiben, überhaupt den Willen der Arbeiterklasse zu repräsentieren und diesem Willen nach außen hin Geltung zu verschaffen. Diese vielseitigen Aufgaben, die eigentlich von den Gewerkschaften, als der größten dazu geschaffenen Organisation gelöst werden sollten, von derselben aber infolge ihrer durch den ehernen Gang der Geschichte bedingten dialektischen Umformung zu einer rein im Dienste des Kapitalismus stehenden Organisation nicht durchgeführt werden können, bedingen naturgemäß ein reiches Verantwortungsgefühl und volle Hingabe des revolutionären Klassengenossen auf diesen vorgeschobenen Posten hingestellten Arbeiters.

Es gab zwar schon vor dem Kriege in einzelnen Betrieben sogenannte Vertrauensleute, die sich in einfacher und opferwilliger Arbeit um die aufmüdenden Arbeiter selbstlos bemühten ohne direkt im Auftrage der Gewerkschaften zu handeln. Das waren sozusagen die ersten Anfänge. Diese Genossen waren seitens der Gewerkschaftsleitung schon damals vielfachen Anfechtungen ausgesetzt. Es kam vor, daß man sie bei irgend einer Gelegenheit so z. B. wenn sie das Kommunistische Manifest von Marx in dem vollen revolutionären Sinne auslegten und das Gelesenhaben an Hand dieser für die kämpfende Arbeiterklasse geradezu Dokumentarischen Grundsätze des Kampfes die völlige Unzulänglichkeit der Gewerkschaftsmethode klarlegten. Volles Verständnis jedoch und ernste Beachtung fanden die damals noch sehr vereinzelt stehenden Proletarier erst während des Krieges, wo es tagtäglich offensichtlicher wurde, daß die Gewerkschaften sich derart immerfester Imperialismus völlig verkauft hatten, ganz abgesehen von den einzelnen kleineren Gewerkschaftsbürokraten, die um einer arseligen Reklamaition willen ihre Klassengenossen dem Unternehmertum verrieten. In jenen Tagen wuchs der Unwille so gewaltig, daß sich verschiedene behergte Genossen genötigt sahen sich im Kampfe gegen diese Gewerkschaftsbürokratie — die mit vollen Segeln in den Hafen der kapitalistischen Ordnung als sicherster Stützpunkt einlief und sich derart fest verankerte, daß sie fast zur Gebeit und Verderben mit diesem Wirtschaftssystem verbunden war — insgeheim zusammenzuschließen. Allmählich wuchsen aus diesen wenigen tatkräftigen Genossen, die sich vorerst nur auf rein kommunistisch-gemeinschaftlicher Grundlage individuell zusammengefunden hatten, zu einer fest umrissenen Form aus. Das war jene Gruppe der Radikalsozialisten, die, um lebensnah gegen die Bonzen in den Betrieben und auch draußen im Felde wo sich die Gelegenheit dazu bot propagandistische Arbeit gegen den Krieg und für die kommende Revolution leisteten. Bei der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der dadurch immer größeren Ausdehnung der sich zum Ziel gesetzten Arbeit mußten sie sich naturgemäß dahin fügen auf die Betriebe stützen und es mußte so aus innerstem Anriebe heraus der Kern der revolutionären Betriebsräte, die anläßlich des militärischen Zusammenbruches 1918 zum ersten Male öffentlich zusammentraten und im Sinne der Räteorganisation für das Proletariat zu wirken versuchten. Daß der Versuch mißlang und warum er notwendigerweise nicht zur Durchführung gelangen konnte soll augenblicklich hier nicht untersucht werden. Jedenfalls heute steht fest, daß der Gedanke der Betriebsräte allmählich durch die geistreiche Arbeit der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaften und Sozialisten immer mehr verwässerte und daß wir an dessen Stelle heute nur eine Karrikatur derselben erblicken. Und diese Karrikatur ist zu einer kläglich schmachvollen Frage herabgesunken, seitdem die Betriebsräte, die doch eigentlich Gegner der heutigen Wirtschaftsordnung sein sollen als gesetzliche Faktoren innerhalb der demokratischen Republik zum Schutze und zum Profit des Betriebes ihre vollen Kräfte zur Verfügung stellen.

Da das Proletariat augenblicklich durch den in immer stärker werdenden Maße ausgeübten wirtschaftlichen Druck bewußt und mit klarer Zielsetzung in das verrechende Elend hineingetrieben wird, ist es aus diesem Grunde heraus so müde und matt, daß es sich zu einer aktiven Politik nicht aufraffen kann. Auch die Betriebsräte führen zur Zeit daher nur ein erdrückendes Schattendasein. Das ist und wieder von einer eintönigen und ergebnislosen Betriebsrätegeneralversammlung von sich reden machen läßt.

Um nun bei dem immer brennender werdenden Tagesfragen die Vertreter der Arbeiterschaft, die die Betriebsräte

nun doch einmal sein sollen einerseits nicht gänzlich ausschalten und um dem Bedürfnis der KPD nach einem Ausweg aus ihrer Niederlage mit der klassischen Parole der Einheitsfront zu verschaffen andererseits hat man sich genötigt gesehen, wieder einmal eine Betriebsrätegeneralversammlung einzuberufen. Um das Ergebnis alles gleich vorwegzunehmen: sie wurde geprengt von der SPD und USPD, weil dieselben die Konkurrenz der KPD. fürchteten und aus diesem Grunde lieber das Proletariat auf ihrem eigenen Wege an der Nase herumzuführen versuchen. Auf der Tagesordnung stand ein Referat über die politische Lage und zwar sollte ein Vertreter der Sozial. für das Referat übernehmen und ein Vertreter der Kommunisten das Korreferat. Da aber schon vorher seitens der ersteren Bedenken geltend gemacht wurden, daß Politik nicht zu den Aufgaben der Betriebsräteorganisation gehöre und man dieselbe getrost mit aller Ruhe den politischen Parteien überlassen könne, hatte sich in Konsequenz dieser Auffassung auch kein Redner der Sozialisten eingefunden. So sah sich der Vertreter der KPD. Remmele genötigt, seine Ausführungen allein zu machen und auch die Blamage allein zu übernehmen. Er hatte gleich nach den ersten einleitenden Worten, wie das bei der KPD. so üblich ist, eine Unmenge Parolen und Gesichtspunkte bei der Hand, mit denen das Proletariat seine Lage verbessern und in die augenblickliche schwere Wirtschaftskrise selbständig eingreifen sollte. Er stellte Forderungen auf, alle möglichen Kontrollorganisationen zu schaffen und zu bilden als da sind: Lebensmittelausschüsse, Wohnungsausschüsse, Ausschüsse gegen die Reaktion und was dergleichen Ausschuß noch mehr ist. Des weiteren fehlte selbstverständlich nicht die Schutzwerterfassung und die Produktionskontrolle. Nachdem er dann noch an die bekannten 10 Punkte des ABGB. erinnerte und deren Durchführung verlangte schloß er seine Ausführungen. In der Diskussion verlangten die Gegner ehe sie sich mit den Kommunisten weiter über diese Dinge unterhielten eine eindeutige Beurteilung aller Anwesenden über die Frage der Sozialrevolutionäre und als ihnen das durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung großmütigst zugestanden wurde und sie sahen daß sie auf diese Art nicht vorwärts kommen konnten verließen sie unter einer sadaschieinigen Bemerkung die Versammlung und die KPD. sah mit ihrem Talent, ihrer Einheitsfront und ihren vielbedeutenden Fragen ganz alleine da. Der ganze Versammlung wurde hauptsächlich auf das Betreiben der KPD. zusammengetrommelt und war ein völlig ins Wasser gefallener und hoffentlich letzter Versuch mit ihrer verderblichen Parole der Einheitsfront bei der Arbeiterschaft erneut anzuklopfen.

Wenn die KPD. wirklich eine revolutionäre Partei sein will, so kann sie ganz unmöglich mit Leuten, die offen und klar und mit Begeisterung sich auf die Seite der Bourgeoisie geteilt haben und das Proletariat lediglich als Sprungbrett, Staffage und notwendiges Übel ansehen, zusammenarbeiten. Sie kann dann ganz unmöglich immer und immer wieder den Versuch unternehmen, mit diesen Leuten produktive Arbeit im Sinne der Klassenbewegung des Proletariats zu leisten, eben weil jenen Leuten nicht das geringste daran liegt, die Revolution vorwärts zu treiben, oder sie gar durchzuführen. Die Teilnahme an der seitens der Sozialisten unternommenen Aktionen anläßlich der Rathenau-Mordes hat auch unzweideutig erwiesen, daß die KPD. durch ihren mit allzu reichlichen Geldzuschüssen aufgeppäpelten bürokratischen Apparat einen derartigen Reformismus in ihren Reihen großzüchtet hat und auch — und das ist wohl mit die Hauptfrage — infolge ihrer Stellung zur russischen Bourgeoisie, daß sie nicht mehr ernsthaft als Kämpferin für die Lebensinteressen des Proletariats in Frage kommt. Da sie aber mit zu den Regierungsmethoden der russischen Gewalthaber gehört, sich auch auf das Wohlwollen der arbeitenden Klasse zu stützen und sie dazu einen umfangreichen propagandistischen Apparat benötigen, so benutzen sie eben heute die KPD.

dazu. Dieselbe muß dabei wohl oder übel, solange wie sie von ihrem Brotherrn bezahlt wird, diese unwürdige Rolle weiterzuspielen versuchen. Es ist ihr dabei selbstverständlich ebenso ergangen, wie den anderen sozialistischen Parteien, daß sie auf Grund ihrer ökonomischen Abhängigkeit von dem von ihr vertretenen Kapitalismus heute auch nicht mehr in der Lage ist, eine selbständige Politik auf eigene Verantwortung mit eigenen Mitteln, mit eigenen Gedankengängen und mit eigenen Erfolgen durchzuführen.

Alle diese geschichtlichen Prozesse des Werdegangtes dieser drei — oder wie wir jedenfalls in Kürze erleben werden — dieser einen sozialistischen Partei, zeigen uns mit niederschmetternder Deutlichkeit die einzige Wahrheit für das Proletariat, die in dem klassischen kommunistischen Manifest von Karl Marx zum ersten Male ausgesprochen wurde, nämlich: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein." Die Erfahrungen an Hand der letzten geschichtlichen Tatsachen zeigen uns, daß einzig und allein eine Klassenorganisation, die sich aus sich selbst heraus aufbaut auf dem Gedanken des Rätesystems, wo jeder einzelne — heute Genosse, morgen Führer und übermorgen wieder umgekehrt — ist, den Mut aufbringen kann, den Kampf gegen diesen schier undurchdringlichen Sumpf von Korruption zu durchführen, daß sie die sozialistischen Arbeiterparteien, vorläufig noch die Parteien und die Gewerkschaften, nicht heren Mitglieder, unter den Füßen zerstampfend, sprungreif zur neuen Welt der kommunistischen Gemeinwirtschaft schreitet, in der es kein Privateigentum und keine Klassen mehr gibt, sondern nur gleichberechtigte Menschen.

Politische Rundschau

Das Urteil gegen die Sozialrevolutionäre

EP. Paris, 10. August.

Die „Humanité" veröffentlicht ein Telegramm, das ihr aus Moskau zugegangen ist. Es heißt darin, daß zwei der angeklagten Sozialrevolutionäre freigesprochen seien, zehn der Angeklagten sind zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren, vierzehn zum Tode verurteilt und zehn sind begnadigt worden.

Die Volksrechtung des Urteils der zum Tode verurteilten Angeklagten ist aufgeschoben worden unter der Bedingung, daß die Sozialrevolutionäre ihre terroristischen Arbeiten und ihre militärische Spionage gegen die Sowjetbehörden aufgeben. Wenn die Partei ihren Kampf gegen die Sowjets fortsetzen würde, so sollen die zum Tode Verurteilten sofort hingerichtet werden.

Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale hat einen Appell an alle Arbeiterorganisationen gerichtet, worin die Arbeiter aufgefordert werden, auf die Sozialrevolutionäre einen Druck auszuüben, damit sie ihre Beziehungen mit den kapitalistischen Regierungen aufgeben.

Die Namen der zum Tode verurteilten lauten: Goi, Donskoi, Berstein, Gendelmann, Grabowski, Ustatschew, Iwanow, Eugenie Rattner, Elfind, Einofejew, Morozow, Afjanow, Alexowski, und Helene Iwanowa.

Nachdem das Revolutionstribunal die Angelegenheit der wegen einer ganzen Reihe gegenrevolutionärer, auf Sturz der Sowjetmacht und Vernichtung der Revolutionserobernungen der Arbeiterklasse gerichteten Taten angeklagten 34 Mitglieder der SR.-Partei unterucht hatte, fällte es am 7. August das Urteil, indem der gegenrevolutionäre Charakter dieser Partei, welche ihren sozialistischen Namen im Interesse der Bourgeoisie ausnützte, feingestellt wird.

Das Tribunal erkannte die Teilnahme der SR.-Partei an einer Reihe gegenrevolutionärer Ausfälnde, Terroralte gegen die Führer des Proletariats Lenin, Trotzki und Woloharski, an der Reihe Expropriationen, an Beziehungen mit den französischen Missionen, Empfang der Subsidien von den Alliierten als erwiesen.

Die persönliche Verantwortung der Angeklagten in Betracht ziehend, sprach das Tribunal die Angeklagten Grigori Kattner und Marotschowski frei, verurteilte die Angeklagten Gladin, Gorki, Daschewski, Stalowskaia, Uldoff, Berg, Lwoff, Perewin, Nisow, Kosloff, Subloff, Jozimoff, Uleroff, Artemjeff, Rafoff, Fedorowitsch und Wobenjapin zu zwei bis zehn Jahren Gefängnishaft.

Die Angeklagten Goi, Donskoi, Berstein, Gendelmann, Lichatich, Nikolai Iwanow, Helene Iwanow, Eugenie Rattner, Timofejew, Morozoff, Kagoff, Afjonski, Janatjeff, Semenoff, und Monoklowa wurden zum Tode verurteilt.

Bezüglich der Angeklagten Janatjeff, Semenoff, Monoplewa, Jesimoff, Uloff, Subloff, Kosloff, Polewin, Stalowskaja und Waschewski wurde ein Begnadigungsgesuch ihrer aufrichtigen Reue beim Präsidium des Allrussischen Zentralkomitees und völlige Erlassung jeder Strafe ersucht. (Diese Angeklagten gehörten der sogenannten 2. Gruppe an und stellen sich schon vor dem Prozeß loyal auf den Boden der Sowjetverfassung. Anm. d. Red.)

Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees untersuchte am 8. August das Urteil des Revolutionstribunals und entschied, dem Begnadigungsgesuche zu leisten.

Bezüglich der anderen 12 zum Tode verurteilten Angeklagten bestätigte es das Urteil, suspendierte jedoch die Vollstreckung derselben. Falls die SR.-Partei die unterirdische Verschwörer-, Terror-, Spionage- und aufrührerische Tätigkeit gegen die Sowjetrepublik tatsächlich einstellt, wird das Urteil nicht vollstreckt. Wenn aber die SR.-Partei die Methoden des bewaffneten Kampfes auch künftig anwendet, so wird dies unverzüglich die Erschießung der verurteilten Inspiratoren und Organisatoren des gegenrevolutionären Terrors und Aufstandes nach sich ziehen.

Sie werden frech

Aus Schwerin wird ein nettes Stück gemeldet, das ein greller Schlaglicht weist auf die Frechheit, mit der die Reaktion heute schon wieder aufzutreten wagt. Dort hielt nämlich der Polizeihauptmann a. Rahmer bei dem mecklenburgischen Ministerpräsidenten, dem Rechtssozialisten Stelling, eine Haussuchung nach Handgranaten ab.

Gr. öffentliche Versammlung

am Freitag, den 18. August 1922, abends 7 Uhr, in der Schulaula Kaiser Friedrichstraße 206—208

Thema:

1. Die politische und wirtschaftliche Lage.
2. Aussprache.

Genossen, Arbeiter, Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!

9. Unterbezirk.

Aus der Gesellschaft

(WTB.) Berlin, 8. August. Der zur Zeit hier weilende russische Volkskommissar des Äußern, Herr Georg Tschitscherin, hatte zu heute nachmittag an die hiesigen Zeitungen und Nachrichtenbüros, sowie an die Berliner Vertreter der ausländischen, insbesondere der englischen und amerikanischen Presse Einladungen zum Tee in dem Gebäude der Botschaft, Unter den Linden, ergehen lassen.

Erziehung zum Wahnsinn

Ein Brief von Max Hölz.

Wir erhalten folgendes Schreiben des Genossen Max Hölz:

Zuchthaus Münster, den 2. Juli 1922.

An den Genossen Anton A. in . . . . . usw. mit der Bitte um Weiterleitung an die „Berliner Rote Fahne".

Genossen! Seit über einem Jahr bin ich hier im Zuchthaus Münster bei schweren Zuchtarbeiten und fortwährend Mißhandlungen ausgesetzt. Der Direktor des Zuchthauses (früher Staatsanwalt in Essen und 1914 bis 1918 Hauptmann der Artillerie), Ernst Scheidges, versucht mit allen Mitteln meinen Körper und meinen Geist zu zerrütten. Er versucht mich durch Jahre durch Versprechungen und Drohungen mit der Irrenanstalt mich zu einem Verrat an der Partei und unserer Sache zu bewegen. Meine Weigerung beantwortete dieser . . . . , um mit den niedrigsten Mitteln . . . . mich fortwährend peinlich zu foltern. Vorgestern hat mich Scheidges in die berüchtigte Folterkammer schleppen lassen, die hier den Namen „Totzelle" trägt. Das erstemal wurde ich der Tage darin festgehalten, dabei 11 Stunden in unbeschreiblichen nackten Zustande. Ich habe halbe Nächte dort stehen müssen, die in dürren Worten nicht zu schildern sind. Zum zweiten Male wurde ich drei Tage vor Weihnachten in die Folterkammer gebracht, obschon ich schwer krank lag und mich kaum bewegen konnte. Zum dritten Male wurde ich gestern früh in die Folterkammer geschleppt.

Genossen! Warum geschieht dies? werdet Ihr fragen. Aus welchem Grunde und zu welchem Zweck? Genossen, der angeblische Grund ist der, daß ich laut gegen die fortgesetzte körperliche und geistige Folterung protestiere. Ich reklamiere durch das Zellenfenster die revolutionären Verse Herwegh, Schubart, Freiligrath u. a. Diesen Protest nimmt der . . . . Direktor zum Anlaß, um mich in der Folterkammer mürbe zu machen und mich zu Verzweiflungsschritten zu treiben. Der Genosse . . . . . ich B., Bergmann aus B., war mit zur Zeit wieder in Freiheit befindet, war Zeuge, wie ich schon vorher hier in der Folterzelle schwer mißhandelt wurde. Jetzt liege ich mit dem Genossen Karl Gr. aus Bochum auf einer sogenannten Krankenzelle. Hier hat der Direktor sofort drei Fenster zumauern lassen. Alle Fenster nach der Sonnenseite sind vermauert. Das echte und einzige Fenster ist mit einem dicken Laden verdeckt, der fast sofort schließt, sobald ich gegen die Vergewaltigung und Folterung protestiere. In dieser Woche war ich drei Tage und drei Nächte vollkommen im Dunkeln. Ohne Luft, ohne Licht, ohne Sonne! Immer im Dunkeln, und dazu der verpestete Geruch der Kloetten, auf denen drei Menschen ihre gesamte Notdurft verrichten müssen.

Genossen, wißt Ihr, was das bedeutet? Könnt Ihr verstehen, was der Direktor mit dieser nichtlichen Folterung bezweckt? Genossen, das bedeutet, das Stück für Stück aus einem heißen, für die revolutionäre Sache und für den Freiheitsdrang glühenden Herzen gerissen wird. Das bedeutet, daß Hirn, Körper eines Klassenkämpfers in brutaler Weise zerrüttet und zermürbt werden.

Genossen! Ich mag Fehler begangen haben im Kampf für unsere Sache. Ich will diese Fehler weder entschuldigen noch beschönigen. Ich habe mein Leben für den Kampf gegeben. Ich habe mit ehrlichem Willen und voller Begeisterung meine Pflicht als proletarischer Klassenkämpfer erfüllt. Dieses Bewußtsein kann mir niemand nehmen.

Genossen, wollt Ihr warten, bis die revolutionäre Flamme, die hier lodert, verlöscht? Wollt Ihr mit verschränkten Armen zusehen, wie Eure Genossen, Eure Brüder gefoltert und gemürbt werden? Wollt Ihr warten, bis Geist und Körper gebrochen sind? Begnügt Euch nicht damit, daß Ihr mit tränenden Augen, wie alte Weiber, hinter den Gärten Eurer gemütlichen Heim und in den Zuchthäusern zurzeit Kampfgenossen einherschreitet. Damit macht Ihr den Arbeiter nicht wieder auf. Ihr sollt durch Eure Entschlußkraft verhindern, daß Eure nach lebenden, in den Zuchthäusern noch schmachtenden Genossen ihr Leben und Freiheitskampf erhalten bleiben. Ihr sollt verhindern, daß unsere Genossen in den Zuchthäusern tötwertlich verkommen und geistig verblöden.

Genossen! Es handelt sich nicht nur um mich, es gibt nicht nur einen Max Hölz, es sind viele ehrliche, tapfere Genossen, die gleich mir leiden, die oft mehr leiden, als ich selbst leide. Helft, ehe es zu spät ist!

Wir appellieren nicht an Euer Mitleid, nicht an Eure Warmherzigkeit. Wir wenden uns an Euer politisches Pflichtgefühl! Denkt daran, daß wir, die wir alles für die Menschenbefreiung eingesetzt haben, hinter Kerkergittern sitzen und der Freiheit entbehren, die doch das Höchste und Wertvollste ist. Schließt Euch zusammen, ohne Unterschied der Richtung! Ihr Genossen der Union, der KAPD., der Syndikalisten, seid einig mit den Genossen der KPD. Verlangt und fordert von den Insassen des Zuchthauses und der schwarz-weiß-roten Justiz, daß wir menschlich behandelt werden, daß man uns nicht quält und foltert und zur Verzweiflung treibt, verlangt unser Freilassung, wir wollen, daß Ihr, die Arbeiter, die Genossen, uns unsere Freiheit bringen, wir fordern unser Menschenrecht. Genossen, helft, ehe es zu spät ist!

Mit Händedruck Euer

Max Hölz.

Der Genosse Max Hölz hatte im Zuchthaus sicher nicht die Gelegenheit, die politischen Ereignisse der letzten Zeit mit der gewitzten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sonst würden jedenfalls die illusionistischen Gedankengänge des letzten Abschnitts seines Briefes einer klaren, proletarischen Auffassung gewichen.

Die KAPD. und mit ihr gleichzeitig die AAU. haben sich stets und stündig mit großer Energie und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Befreiung der politischen Gefangenen eingesetzt. Das steht ohne Zweifel fest und wird auch restlos von den aufserhalb unseren Bannes stehenden Genossen anerkannt. Aber wir können uns unmöglich in einen Kuhhandel mit unseren Klassenfeinden zwecks Erzielung einiger weniger Verbesserungen in den Lebensbedingungen unserer politischen Klassengenossen einlassen. Und gerade aus den sehr einfachen Gründe weil wir nicht über die geeigneten Zahlungsmittel und als solche kommen nur der Verrat an der Arbeiterklasse wie er beispielsweise in den Parlamenten lippig gedeiht in Frage — verfügen.

Sieber hat er nur als pflichttreuester und königstreuester Beamter dem Gesetz zum Schutze der Republik, den sich in schändlichst auch ein Ministerpräsident unterwerfen muß, die nötige Achtung verschaffen wollen. Es heißt, daß eine gar gestrenge Untersuchung gegen den Herrn Hauptmann eingeleitet ist. Man wird den verhängnisvollen Mann die Strafe Ausmaßen lassen:

Siber hat er nur als pflichttreuster und königstreuster Beamter dem Gesetz zum Schutze der Republik, den sich in schändlichst auch ein Ministerpräsident unterwerfen muß, die nötige Achtung verschaffen wollen. Es heißt, daß eine gar gestrenge Untersuchung gegen den Herrn Hauptmann eingeleitet ist. Man wird den verhängnisvollen Mann die Strafe Ausmaßen lassen:

Wirtschaft
Dem Ende entgegen

Mit der wechselnden Frage des Bankrotts wechseln auch die Ansichten der „Volkswirte" des Bürgertums. Man sieht die Ausbrüchen der Zerrüttung, aber man weigert sich hartnäckig, die Ursachen zu erkennen. Zum Teil erkennt man sie wirklich nicht, zum Teil versucht man sie zu verschleiern. Denn wäre das Proletariat und das Kleinbürgertum die Ursachen erkennen, sie würden ihre Schlüsse daraus ziehen. Gelänge die aufgeregte Masse aber nicht versucht, die Mechanik der Ökonomie zu durchschauen, so lange hofft sie, daß eine Besserung ihrer Lebenslage innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung möglich sei und schuftet für das Kapital und an der Voraussetzung des eigenen Unterganges.

Als Ausdruck der wirtschaftlichen Zerrüttung bieten sich Inflation und Sendung der Valuta höher immer die Wage. Heute dagegen ist die Warnung und die damit verbundene Teuerung der Notenpresse weit voraus. Die „Banknoten"-fabriken kommen bei weitem nicht mehr mit. Der Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung wies am 1. April 700 % Steigerung auf und am 1. August 14 000. In vier Monaten also eine Verdoppelung der Großhandelspreise. In derselben Zeit flog der Notenumlauf von etwa 150 Milliarden auf 200 Milliarden. Die schwebende Schuld dagegen von 272 Milliarden auf 350 Milliarden Mark. Das ist eine der Schreiben auch Statistik, die bei der Valuta, nach Einschränkung von Schatzscheinen und des Notenumlaufes sich alles rasend werden vermehrt, das auch diesen Steinen die Augen hätten geöffnet, daß die Konferenzen wohl eine bildliche Grund Geld haben, aber an dem fortschreitenden Verfall auch nicht ein Jota ändern. Richtiger, daß sie ihn höchstens beschleunigen.

Wie die Lage aber immer auf die Beine fällt, so verfallen auch unsere Volkswirte immer gleich auf die richtige „Ursache" dieses Übels, die nämlich alles Übel der Inflation zuschreiben, der unsinnigen Papiergeldvermehrung, wälzen die Schuld setzt auf die langsame „Geldfabrikation ab. Daß der Bankrott da ist, sieht man, Ursache kann natürlich nur das sein, wovon man mit der Nase stößt. Die Industrie, die in ihrem Produktionsmittelbestand etwa 45 Jahre zurückgeworfen wurde und ihre Betriebskapitalien unerhört verwässert hat, schiebt die Schuld ihrer Geldmangels auf die Kapitalknappheit auf das mangelnde Papiergeld. Der weitblickende Spekulant und Anlage suchende Geldmann setzt kein Geld nicht mehr so leicht in Industriepapiere, da ihm diese in Zukunft wenig gewinnbringend scheinen. Die Börse aber mißt die Schuld der Papiergeldknappheit zu. Die aber aufgerufene Notenvermehrung aber deutet uns an, daß die Notenfabriken keineswegs stillgelegt sind; sie arbeiten vielmehr in rasendem Tempo mit Tag- und Nachtschicht. Der Notenbestand von mehr als 200 Milliarden Mark (Ende vier Wochen 1914) ist nur noch mit dem Bruchteil eines Prozents mit Gold gedeckt. Unsere „Bank"noten haben tatsächlich einen geringeren Wert als die Muscheln des Südsee-Insulaners.

Diese sogenannte Volkswirtschaft lebt heute tatsächlich nur von dem, was das Proletariat täglich schafft. Auch die kleinste Stockung des Produktionsapparates droht das ganze Gebäude über den Haufen zu werfen. Die Bourgeoisie hat sehr wohl begriffen, daß ein einziger starker Griff des Proletariats „an die Kurgel des Staates" diesen als Instrument des Kapitals erdrosseln würde. Nur der schlafende Riese Proletariat begreift weder seine Kraft, noch seine günstige Position. Noch tut die Presse mit ihren Verblödungsmethoden das übrige zur Einlullung des Proletariats und die 100 000 Gewerkschaftsbeamten helfen es im Zügel. Die Auswirkung der jetzigen wirtschaftlichen Vorgänge, die in der Markentwertung ihren Ausdruck finden, wissen aber auch die Ideologie des Proletariats einwirken. Noch dem Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung betrug die Teuerung Anfang Juni das 75fache, Anfang Juli das 91,4fache und Anfang August das 139,3fache. Das bedeutet im Monat Juli eine Steigerung um mehr als 50 Prozent. Die Teuerung tritt aber weiter, wie der Wert wird der Juli sicher übertreffen. Einige Warengattungen, Leder, Textilien u. a. sind im Juli um mehr als das 100fache gestiegen; ihre Gesamtverteuerung beträgt im Augenblick rund das 225fache gegen die Vorkriegszeit. „Grundstoffe der Industrie," u. a. Eisen, stehen schon Ende Juli eine 200fache Verteuerung und wurde noch mals am 1. und 8. August enorm verteuert. Die augenblicklichen Kleinhandelspreise, so unerschwinglich sie dem Proletariat scheinen, liegen tatsächlich, als die Großhandelspreise und diese erreichen nicht die Preise derjenigen Waren, die noch im Produktionsprozeß sind. Die Preissteigerung der Lebensbedarfsmittel bei Proletariats muß künftig in noch rasenderem Tempo vor sich gehen. Tatsächlich lernt das Proletariat bald, durch die tägliche Preissteigerung, trotzdem heute das Kapital so nach den Tarifen versessen ist und sich auf das heren Hüter aufstellt. Dann wird es auch noch begreifen, aus welchem Grunde die Gewerkschaften das Handgemacht auf die Tarifpolitik legen.

Immer grausiger wird das Los des Proletariats. Immer tiefer sinkt das Niveau der Lebensmittel und der Produktion. Die Notenpresse rast Tag und Nacht und kann den Bedarf nicht decken. Die Reichsbank ist dem Zusammenbruch nicht mehr gewachsen. Trotz des Buchdruckerstreiks ist in der letzten Julidekade der Banknotenumlauf um 17 Milliarden gewachsen (nicht 13,7 wie einige Zeitungen meldeten). Das Reich hat Noten zu 500 Mark hergestellt, die auf einfachem Bergwerkspapier mit Wasserzeichen in Schwarzdruck hergestellt sind. Die Polizeiorgane und das Publikum zu Verzweifeln. Fast in demselben Satz, in dem die amtlichen Statistiken melden, daß die Arbeitslosenziffern im Juli auf 19 000, also auf einen Bruchteil, zurückgegangen ist, melden sie auch den Produktionsrückgang auf allen Gebieten.

Immer enger wird die Lebensmöglichkeit des Proletariats. Eingeengt durch ein Dutzend Knebelungsgesetze und durch seine „Klassenkampforganisationen". Immer geringer wird die proletarische Gütererzeugung und das Leben immer teurer. Die Produktionsmittel verlodern mit jedem Tage mehr und die Produktionsmittel bei in vollem Gange befindlichen Produktionsapparate wird von Tag zu Tag kleiner. Die Stufenleiter ist zu Ende. Zwei Wege nur haben das Proletariat offen: Untergang in der Barbarei oder Kommunismus!

Es geht bergab . . .

Damit das Kapital sich noch eine Zeitlang behaupten kann, muß sich die Lebenshaltung der Arbeiter ständig weiter verschlechtern. Wenn die Löhne auch zahlenmäßig wachsen, so stellen sie, in ihrer Kaufkraft, mit dem der Vorkriegszeit verglichen, einen ungeheuren Rückgang dar. Die Verarmung schreitet fort, die Konsumfähigkeit nimmt ab. Die Lebenshaltung wird immer dürftiger und schwieriger und damit steigt allmählich auch die Energie der Arbeiter. Durch die dauernde Gewöhnung an Entbehrung schwindet schließlich auch das Bewußtsein der Verarmung und mit ihm der Wille, ihre Ursachen zu beseitigen. So äußert die Abnahme der Arbeitsfähigkeit und die industrielle Betriebsamkeit eine Schein-Blüte des deutschen Wirtschaftslebens vor, hinter der doch der völlige Zusammenbruch deutlich sichtbar wird. In den sogenannten Ländern der Nachkriegsrepublikten aber machen sich die nationalistischen Staaten durch die Schutzzölle umso konkurrenzfähiger, je mehr sie durch die Aufrechterhaltung der hohen Preise im eigenen Lande die Exportfähigkeit ihrer Industrie vermindern. Die erste Folge der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der hochinflationistischen Länder ist Einschränkung der industriellen Tätigkeit und damit vermehrte Arbeitslosigkeit. Ein Land wie das schwach neutralerte Schweden hat gegenwärtig 180 000 arbeitslose Familien. Selbst in dem ganz überwiegend agrarischen Dänemark gibt es rund 50 000 arbeitslose Familien. In Norwegen, wo man fast ausschließlich auf die Schiffahrt angewiesen ist, liegt diese zu drei Fünfteln still. In dem reichen Holland krankt die Wirtschaft, weil es auf Deutschland als seinen Kunden angewiesen ist, und dieser Kunde aus wirtschaftlicher Schwäche so gut wie nichts kaufen kann. In der Schweiz sind heute etwa ein Fünftel aller Industriearbeiter arbeitslos. Besonders die Stickerei-, Seiden- und Baumwollindustrie, aber auch die Uhren- und Zigarrenindustrie wird davon betroffen. In Spanien ist die Ausfuhr von Waren stark zurückgegangen, die Exportfuhr beträgt nur noch den vierten Teil der Vorkriegsausfuhr. Statt dessen hat in Spanien eine für den Staat recht bedenkliche Auswanderung eingesetzt. In Italien liegen sowohl Industrie wie Schiffahrt darnieder, und auch dadurch, daß industrielle Saison-Arbeiter in Österreich und Deutschland keine Beschäftigung mehr finden, ist die Arbeitslosigkeit dort sehr gewachsen. Nicht viel anders sieht es in Frankreich aus, das doch immerhin in Form von Sachlieferungen und beträchtlichen großen Mittel aus Deutschland erhält. Am größten aber ist die Arbeitslosigkeit in England und den Vereinigten Staaten. Beide sind fast ganz auf die Ausfuhr industrieller Fabrikate angewiesen, was eine Erschwerung dieser beiden Staaten ist. England beispielsweise erzeugt an Lebensmittel gerade soviel, daß seine Bevölkerung sich am Sonnabend und Sonntag ernähren kann. Für die ganze übrige Woche aber ist es auf fremde Zufuhren angewiesen. Der englische Staat gibt für die Lebensmitteleinkäufe täglich rund 2 Millionen Pfund aus, und diese Summe kann nur durch Fabrikatausfuhr bestritten werden.

Aus diesen Zusammenhängen geht schon hervor, welche Wirkungen es haben muß, wenn die mangelnde Absatzmöglichkeit des englischen Kapitals anhält und die Zahl der Arbeitslosen sich nicht verringert, sondern unaufhaltsam steigt.

England hat z. B. 1½ bis 2 Millionen Arbeitslose, Amerika mehr als 2½ Millionen Arbeitslose. Die Unterstützung, die England an 1 Mio Arbeitslosen zahlen muß überteigen ganz gewaltig die Summen, die dieser Staat von Deutschland aus Reparationsleistungen jemals erhalten könnte. Neben den gänzlich Arbeitslosen darf man auch diejenigen Arbeiter nicht übersehen, die in allen halbautarkischen Industrieländern nur in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden können. Um die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien zu verringern, d. h. billigere Waren herzustellen, sind die Kapitalisten Englands wie der Vereinigten Staaten, bezw. übergegangen, die Proletarier noch stärker auszubeuten, in dem sie die Löhne herabsetzten und die Arbeitszeit verlängerten. Die Folge waren natürlich Lohnkämpfe und Streiks von einer Erbitterung, wie diese Staaten sie wohl noch nicht erlebt haben. Nicht selten sind diese Streiks blutig niedergeknüppelt worden.

Diese Entwicklung muß zwangsläufig so weiter bergab gehen. Es werden die Zusammenbruchserscheinungen nur noch eine Steigerung erfahren. Die Konsumfähigkeit der ganzen Welt wird weiter zurückgehen. Die kultivierte Unterwürfigkeit bei der deutschen Arbeiter, sie arbeiten ungefähr für 2 Dollar die Woche, muß auch anderseits die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten erhöhen. Von diesem allgemeinen Zusammenbruch wird kein Land unberührt bleiben. Das englische Unterhausmitglied G. H. Thomas äußerte sich kürzlich u. a.: „Sollte Deutschland bankerott gehen, so ist es unvermeidlich, daß Frankreich nachfolgen wird und in diesem Fall ist es schwer zu sehen, wie Zurück hinzuhalten könnte, oder wo, wenn sich Westeuropa nicht mehr durchsetzen kann, England den Markt absatz findet, den es zur Bezahlung seiner Lebensmittelankäufe haben muß. Der ganze Kontinent braucht ein geheiltes Deutschland, ein Deutschland, das sowohl zu kaufen wie zu verkaufen im Stande ist." Auch über die Ursachen der britischen Arbeitslosigkeit ist sich G. H. Thomas durchaus klar. In einer Betrachtung des Reparationsproblems kommt er zu folgenden Ergebnis: „Wenn Deutschland Reparationen in die dagewesener Höhe leisten soll, muß es auch eine geschäftliche Tätigkeit in gleichem Umfange entwickeln. . . . So sehen wir letzten Endes, daß der Soldat, der für England in dem großen Kriege gekämpft, arbeitslos gemacht wird, damit Deutschland die Rechnung bezahlen kann".

Wir aber sagen dem Proletarier immer wieder: „Es gibt keinen anderen Ausweg um einem völligen Untergange zu entgehen, als Aufhebung der privatwirtschaft und Einführung der Bedarfswirtschaft, das wird aber nicht kommen, wenn die Proletarier es nicht wollen. Die Machtergreifung des Proletariats und Uebernahme der Produktionsmittel sind der einzige Ausweg." Diese Uebernahme wird sich nicht schmerzlos vollziehen, sondern erfordert eine Klasse, die sich ihrer großen Aufgabe voll bewußt ist, eine Klasse die das Wort Revolution in seiner ganzen Schwere begreift.

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß

In Frankfurt a. M. tagte zur Zeit der internationale Bergarbeiterkongreß. Nach den Erfahrungen, bei solchen Anlässen üblichen Formalitäten beschäftigte er sich zu allererst mit dem großen amerikanischen Streik und zwar begreiflicherweise hinter verschlossenen Türen. Daß er Erfolg ist denn auch dem entsprechend nicht ausgefallen. Es liegt daher folgende Entschließung vor:

„Der in Frankfurt a. M. am 7. August 1922 tagende Internationale Bergarbeiterkongreß nimmt Kenntnis von der Lage, in welcher sich die amerikanischen Bergarbeiter befinden durch die Weigerung der Bergwerksbesitzer, mit dem amerikanischen Bergarbeiterverbande einen neuen Landesvertrag abzuschließen; es beschließt, den amerikanischen Bergarbeitern die herzlichsten brüderlichen Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg ihres bisher mit größter Solidarität und Ausdauer geführten Kampfes zu übermitteln, und empfiehlt, daß die dem Internationalen Bergarbeiterbunde angeschlossenen Landesverbände eine finanzielle Beihilfe von rund 10 000 Pfund Sterling gewähren, wobei den einzelnen Verbänden anheimgegeben wird, entsprechend der Mitgliederzahl ihren Beitrag zu leisten. Es ist Aufgabe der Bergarbeiter-Internationale abzuführen, um ohne Verzug auf diese Weise die Gefühle der Sympathie und Solidarität der europäischen Bergarbeiter zum Ausdruck zu bringen."

Finanzielle Hilfe und brüderliche Grüße sind ja ganz nett und gut, aber nicht wesentlich für die Durchführung eines derartigen Machtkampfes, wie ihn augenblicklich die nordamerikanischen Bergarbeiter durchführen müssen. Hier hilft nur, wie überhaupt in solchen Fällen immer, eine aktive Solidarität. Keine einzige Streikbrecherkohle darf gefördert, kein einziges von Amerika kommendes Schiff mit Kohlen verladen werden. Solange sind diese Erkenntnis noch nicht durchdrungen hat, daß bei der heutigen internationalen Zusammenfassung des Großkapitals auch die Kämpfe der Arbeiterklasse international geführt werden müssen, hat doch die ganze internationale Kongreßrhetorik keinen auch noch so geringen Wert.

Aber die Leutchen, die da in Frankfurt versammelt sind, sind ja nicht so. Können sie schon keine aktiven Solidaritätsmaßnahmen ergreifen, so versuchen sie es etwas später mit der ethischen Seite des Klassenkampfes, mit der großen Geste. Und zwar sind sie gleich eingetreten für die Arbeiterausschließung des feierzeit in Genf gefaßten Beschlusses, im Falle eines Krieges mit Hilfe des internationalen Gewerkschaftsbundes den internationalen Generalstreik auszurufen.

Leider haben sich diese herrlichen Gedanken aber derartig an die einzelnen nationalen Kapitalisten verkauft, daß sie im Falle imperialistischer Verwicklungen über den Interessen ihrer Kapitalisten vorgeschriebenen, selbstverständlich rein nationalen Horizont nicht hinaussehen dürfen.

Utzelmann frei

Auf Grund des Reichsamnestiegesetzes vom 21. Juli hat die Staatsanwaltschaft Halle a. S. die Freilassung des Genossen Utzelmann-Kemjätz angeordnet, der nach der Marzaktion wegen Hochverrat, Aufruhr und Landesverrat zu zehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilt war. Genosse Utzelmann wurde am 4. August aus der Strafanstalt Sonnenburg entlassen.

Eine Ueberbietung der eigenen Frechheit und der Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Massen ist es aber, wenn die „Rote Fahne" den Genossen Utzelmann als „Lockvogel" und Polizeigenossen der preußischen Polizei bezeichnete und ihn „abschüttelte" wie Max Hölz und andere Klassenkämpfer.

Ausland
Unter der Faszistenherrschaft

Der Generalstreik in Italien ist infolge der absoluten Unfähigkeit der dortigen Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie völlig zusammengebrochen und mußte vorzeitig ohne irgend welchen Erfolg abgebrochen werden. Die Faszisten beherrschen infolgedessen die ganze Linie und konnten neben der bewaffneten Besitzergreifung der staatlichen Organe ganz ungestört ihre Machtpolitik der Arbeiterklasse gegenüber durchführen. Ganz besonders haben sie es diesmal auf Mailand abgesehen. Hier hatte sich die sozialistische Stadtverwaltung durch ihre energische, rasche und durchgreifende Steuerpolitik die Feindschaft der Bourgeoisie zugezogen. Und so war es denn auch nicht zu verwundern, daß es hier zu größeren und erregten Kämpfen kam anläßlich der Generalstreikparole der arbeitenden Klasse. Die Faszisten zogen sofort mit Panzerautos und Maschinengewehren in die Stadt und es kam zu zahlreichen Schießereien. Auch Bomben wurden an verschiedenen Stellen geworfen. Die Stadtverwaltung wurde abgesetzt und an deren Stelle ein von den Faszisten eingesetzter Diktator als neues Oberhaupt der Stadt ausgerufen. Der berüchtigte nationalistische Dichter D'Annunzio, der auch von seinem Fiume-Abenteuer her genügend bekannt ist, hielt eine großartige Ansprache und predigte dabei etwas von einer nationalen Einheitsfront. Das schlimmste Uebel war aber die Ernennung des in der Welt bekannten sozialistischen Führers „Avanti" Die Maschinen wurden vernichtet und das Gebäude in Brand gesteckt, so daß von dem stolzen Werk kaum die Spur des einstigen Seins zurückblieb.

In all den übrigen Orten der Lombardei kam es zu Kämpfen, Repressalien, Ausschreitungen, Verhaftungen und Verwaltungen. Auch Genua war drei Tage und Nächte der Schauplatz heftiger Straßenkämpfe. Den Höhepunkt bildete hier die von den Faszisten ausgeführte Besetzung des seit der Konferenz in vier genannten Palazzo San Giorgio, des Sitzes der autonomen Hafenverwaltung. Die Faszisten erzwangen von ihr eine Erklärung, die sich gegen die sozialistischen Hafenarbeiter und Seemannsgenossenschaften richtete.

In Parma, das in der seit Jahren kommunistisch unterwühlten Provinz Emilia gelegen ist, hatten sich die Kommunisten im Stadtteil Oltretorrente verschanzt, und es fand eine förmliche Schlacht zwischen beiden Parteien statt. Die Soldaten hatten Befehl, bei weiteren Vorfällen den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Faszisten erklärten, sie würden den Befehl ausführen, sich dann aber erschießen. Ein General bestätigte den Befehl, worauf sich die Faszisten zurückzogen. Der Erzbischof erklärte, nur mit den Faszisten zu verhandeln. Sie erzwingen ihm militärische Ehren. In Florenz, Siena, Livorno, Pisa, Rimini wurden zahlreiche anderen kapitalistischen und anarchistischen Organisationen aufgelöst, sanden schwere Straßenkämpfe statt. Eisenbahnzüge wurden beschossen, das Gewerkschaftshaus niedergebrannt. Nach Zeitungsmeldungen haben fast Monate aus allen Provinzen Polizeiwachen auf die Faszisten geschossen. Ein Mann wurde in der Sakristei von Faszisten niedergeschossen, zwei Mönche wurden verhaftet. Kämpfe fanden weiter statt in Turin, Bologna, Monza, Venedig, Bari. Die Gewerkschaftshäuser in Florenz, Rimini wurden zerstört, in Livorno das Volkshaus demoliert, in Alessandria das Volkstheater angezündet. In Rom, wo die Regierung wie immer in solchen Fällen die umfangreichsten militärischen Sicherheitsmaßregeln getroffen hatte, blieb die Ruhe ziemlich gewahrt.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik

(EP.) Washington, 8. August. Nach einer Unterredung mit dem Führer der Eisenbahnarbeiter, Bert Jewell, hat Präsident Harding neue Vermittlungsvorschläge aufgestellt. Wieder der Inhalt derselben ist aber noch nichts bekannt. Man glaubt, daß sie den Streikenden vorteilhafter seien als die ersten, so daß Harding ihnen mehr Entgegenkommen zeigt, seitdem sie die ersten Vorschläge ablehnen konnten, bis aber mit den Gesellschaften abgeschlossen wurden.

Der Kampf um Kleinasien

Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Ostthrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten. — Die Hohe Pforte wird morgen bei den alliierten Kommissaren eine Protestnote gegen die Proklamierung der Autonomie von Smyrna übergeben.

Mitteilungen

Sämtliche Genossen, die der KAPD. des 15. Bezirks angehört haben oder mit der KAPD. sympathisieren, werden hiermit zu einer Versammlung, die am Freitag, den 11. 8. 22 im Lokal Schultze, Reinickendorfer Straße 61, stattfindet, eingeladen!

J. A.: Ohmann der KAPD., 15. Bezirk.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Carl Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Dresdnerstraße 186.

3. Jahrg. Nr. 58. Preis 4 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 35 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 45,— M. monatlich, nach dem Ausland 90,— M. monatlich.

Die französische und die deutsche Republik

Beide Staatsformen sind die Folgeerscheinungen eines verlorenen Krieges. Das revolutionäre Proletariat hatte die Monarchie gestürzt und versuchte, die soziale Revolution durchzuführen. Die französische Arbeiterschaft rief die Republik aus, die Bourgeoisie schwieg. Gambetta antwortete den Arbeitern, die ihn mit dem Ruf begrüßten: „Es lebe die Republik!" mit dem demokratischen Schlachtruf: „Es lebe Frankreich! sage ich Euch!" Er wollte von der Republik eben so wenig wissen wie von der Revolution. Er und seine Gefolgschaft auf der radikalen Linken kannten nur ein Ziel, eine revolutionäre Regierung zu verhindern. Sie wollten sich deshalb mit einer Regierungskommission, in der die Bonapartisten die Mehrheit stellen sollten, begnügen.

Man erinnert sich habe an den ähnlichen Verlauf der deutschen Revolution. Als das deutsche Kaiserreich zusammenzubrechen drohte, da rief die radikale Linke den Prinzen Max von Baden, der beileibe nicht die Monarchie stürzen, sondern retten wollte und zu dieser Aktion sich Herrn Scheidemann als des Vertrauensmann des Kleinbürgertums verschrieb. Scheidemann blieb auch kaisertreu bis zur letzten Minute. Als das Proletariat den Rücktritt der Monarchie verlangte, wechselte er schnell den Hemd eines kaiserlichen Staatssekretärs in das eines Volksbeauftragten und dies wiederum in das eines republikanischen Ministerpräsidenten um. Der rote Prinz mußte weichen. Er war nicht Revolutionär genug, um die Rolle eines Gambetta durchzuführen. Die Regierung einer nationalen Verteidigung glückte einem Gambetta noch, da die militärische Kraft noch nicht so zerrüttet war, wie die wirtschaftlichen Kräfte noch nicht so erschöpft waren, wie die deutsche Demokratie, die schon die notwendige Preiskampagne eingeleitet hatte, mußte auf diese letzte Zuflucht von der Revolution verzichten. Die Revolution des 9. November verhinderte den Plan einer konstitutionellen Monarchie nach englischem Muster und damit auch die legale Ueberleitung der Herrschaft von dem Agrar- auf das Finanzkapital. Der Versuch der sozialen Revolution durch das deutsche Proletariat unterbrach jih den Plan.

Im französischen Kaiserreich herrschte schon das Finanzkapital, welches aber stark militärisch und deshalb reaktionär orientiert ist. Es wollte sich nur eine nicht durch kaiserliche Abenteuerpläne unterbrochene ruhige Herrschaft sichern. Eine Konkurrenz einer anderen Kapitalschicht war nicht vorhanden. Der Sturz war deshalb nicht so risikovoll und auch nicht so geheimtrig, daß man nicht dafür in der Person einer Regierung führen wollte. Die Bourgeoisie verwarfte deshalb auch der Regierung der nationalen Verteidigung die finanzielle Unterstützung, man wollte sie sich allmählich leer laufen lassen, weil man einsah, daß der Widerstand gegen den preußischen Militarismus doch zwecklos war und die so geschaffene Volksgut genügte, um eine soziale Revolution zu verhindern. Es lag ihr in der Regierung der nationalen Verteidigung schon eine zu starke Konzession an das Proletariat. Diese Regierung sabotierte darum auch offen die ihr gestellte Aufgabe. Sie ließ eine bonapartistische Propaganda großen Stils zu, die besonders guten Boden bei den Bauern fand. Die bonapartistische Presse erklärte, daß unter dieser Regierung die sozialistischen Arbeiter und die Kommunisten stehen, welche an nichts anderes denken, als die Güter der Bauern zu konfiszieren und daß nur der Kaiser sie gegen diese Verwüstung schützen wollte und könnte, und daß, um sich dafür zu rächen, die revolutionären Sozialisten ihn und seine Heere der Preußen ausgeliefert hätten. Man sieht, die Dolchstoßlegende ist ein altes reaktionäres Mittel, welches immer als Gegengewicht gegen jede revolutionäre Bewegung von der Bourgeoisie angewendet zu werden pflegt. Ein Mittel, das geeignet ist, die Enterbten und Entäußerten, denen jede Umstellung bringt eine Erschütterung der Ruhe und Ordnung mit sich. Das Proletariat pflegt sich gegen die beabsichtigte Konfiskdierung der Bourgeoisie am kräftigsten zu wehren. Deshalb sind die neuen Herren bald im Bund mit der alten Reaktion. Sie sind Kinder einer Klasse, deren Ziel die Niederung des Proletariats ist. Die Zeit ist darüber hinweg, daß die revolutionäre Form die beste Unterdrückungsmethode ist. Deshalb sind die bürgerlichen Revolutionäre von gestern die besten Stützen der heutigen Reaktion. Ihr Haß gegen die Monarchie ist nur die Rebellion gegen die Versperrung der freien Bahn beim Tüchtigen.

Die Umwälzung in Frankreich war klein und brachte auch nur kleine bürgerliche Revolutionäre. Die Gambetta, Jules Barre, sind keine Dantons, Marats, Robespierres und Blanqui es auch nicht sein. La grande revolution (die „große Revolution") war eben vorüber, der Sturz Bonapartes durch die Regierung der nationalen Verteidigung war nur ein kleiner Ausläufer.

Der Despotismus liegt im Prinzip der kapitalistischen Herrschaft. Deshalb ist die freie bürgerliche Republik auch ein Unfug, eine äußerst gefährliche Illusion. Dieselbe Ideologie, die die Monarchie schützt, — Ordnung und Ruhe — schützt auch die Republik. Sie ist genau so scharf gegen die soziale Revolution eingestellt und stellt ihr die militärische Diktatur entgegen.

Die deutsche Verfassung von 1870 und vom 11. August 1919 gibt der Spitze das Recht zur Aufhebung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten bei Gefährdung der Sicherheit und Ordnung. Die Anwendung [illegible] gegen das Proletariat, nicht etwa gegen [illegible] der Republik, sondern gegen die, die [illegible] heit fordern. Zur Unterdrückung [illegible] lassen sie [illegible] Arbeiter [illegible] Bataillen [illegible] Bayern gegen die Republik [illegible] die von ihnen ersehnte Republik, als daß sie ein Stück der kapitalistischen Ruhe und Ordnung aufgeben. Sie werden zwar die Form der Unterdrückung ändern, aber nur soweit es für die Erhaltung ihrer Herrschaft notwendig ist.

Auch hier Schein hat die französische Bourgeoisie nicht gesiegt. Ihr Rentnerstaat verlangte dies nicht. Anders lag es bei der fast industriellen deutschen Wirtschaft. Der Wiederaufbau ging in stürmem Maße von der Einstellung des Proletariats zur Republik ab, der das Fundament der Wirtschaft bildete. Es handelte sich um eine Schicht entwickelte kapitalistische Wirtschaft, bei der naturgemäß der Einfluß des Proletariats größer war. Infolgedessen mußte sich die radikale Bourgeoisie ganz offiziell mit der Arbeiter-

An die revolutionären Proletarier in allen Ländern
zur Frage der Internationale

Genossen!

Der 5. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands im Mai 1922 in Essen hatte erneut zur Frage der Internationale Stellung genommen. Der Parteitag hatte die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation eingehend erörtert und festgestellt, daß wohl die objektiven aber nicht die subjektiven Bedingungen zur Gründung einer Kommunistischen Arbeiterinternationale vorhanden sind. Diese mit schaffen zu helfen durch unsere Tätigkeit hat der Parteitag erneut bestätigt und beschlossen, den Hauptausschuß der KAPD. zur Erledigung der internationalen Arbeiten zum zwei Genossen zu ergänzen, die den ideellen und organisatorischen Aufbau zur Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale in die Wege leiten."

Der Kampf innerhalb der KAPD. um die Internationale war nicht ein Kampf um Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit, sondern um die elementarsten Grundsätze der KAPD. selbst und um die Schaffung aller Voraussetzungen zur Gründung einer Kom. Arb.-Int. Da Moskau von weltpolitischer Bedeutung war, Führer- oder Klasseninternationale. Eine Internationale der Zitionen oder eine Zentralorganisation. Als dann die an der Spitze stehenden Genossen sich für eine Führerinternationale entschieden, hat die KAPD. ihre Delegierten aus ihren Reihen zurückzulos entfernt. Diese politische Obdachlosen gründeten dann eine „Internationale", die zu einer sogenannten zweiten Konferenz am 27. 8. 22 einladet.

Die KAPD. hält es für ihre Pflicht, den revolutionären Proletariern in allen Ländern den Stand dieser Internationale zuzuzeigen. Die von revolutionsmüden Akademikern fest einberufene Konferenz ist eine Irreführung des Proletariats allerschlimmster Art. Es ist dies keine Sammlung der revolutionären internationalen Kräfte, sondern eine Gründung sich Führer blinkender Intellektueller, die dazu dient, auf die Revolution hinmüdende Kräfte zu zersplittern. Wer internationale Klassenkampforganisationen will, versucht nicht Organisationen als Sammelbecken dieser Kräfte zu zerschlagen. Berlin, die nicht schlechter waren als die von der 3. Internationale Angeschlossenen. Ansprechen was ihl. Rückschritt!! Diese Zweite Internationale hat mit KAPD. Gest nichts gemein. Eine Kampfinternationale werden die Proletarier der KAPD. schaffen helfen, nicht eine Internationale ehrgeiziger Politikanten, wie diese Mißgeburt einer 3½ Internationale.

Eine Gründung ohne Kraft, Führerinternationale. Wir sind für höchstes revolutionäres Wollen, für die Umgestaltung der bürgerlich-sozialdemokratischen Ideologie zur proletarisch-revolutionären Klassen-Ideologie. Dafür setzen Euer ganze Kraft ein. Klarer Blick und glühende Begeisterung für die internationalen Notwendigkeiten und den internationalen Klassenkampf. Aber diese Begeisterung darf nicht nur in Wolkenkuckucksheim zu finden sein, wie bei denen, die glauben, oder nur mit den Lippen bekennen, daß mit Begeisterung alles geschehen sei. Um Großes zu vollbringen, muß man ganz begeistert sein. An unserer Begeisterung soll es gewiß nicht fehlen; aber diese Funken müssen Feuer schlagen und entfachen zu einem Brande, der kapitalistische Welt mit allen [illegible] vernichtet. Die Kommunistische Arbeiter-Internationale muß sein die Internationale der geschichtlichen Erkenntnisse und der harten Wirklichkeiten. Eine Internationale und erst recht die Kommunistische Arbeiter-Internationale kann nicht am Anfang einer Entwicklung [illegible]. Es muß eine Entwicklung vorauf gegangen sein die [illegible] Kommunistischer Arbeiter-Parteien in den wichtigsten und entwickelsten Ländern, die dann zusammengeführt werden [illegible] Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Die Komm[illegible] Arbeiter-Internationale soll nicht wie diese 3½[illegible] sein das Sammelbecken revolutionsmüder Intellektueller, [illegible] einer hohen Warte aus die Geschehnisse zu betrachten, sondern im Wirbel der Revolution stehend Mittkämpfer und Wegweiser sein. Ein Aktionsposten der Revolution. Nicht wie diese Gründung ein Passtposten, ein Hemmis auf dem Wege einer Entwicklung und eines tatkräftigen Schaffens. Die Kommunistische Arbeiter-Internationale wird und muß getragen sein von einer großen inneren Selbstdisziplin, die ihr die Festigkeit gibt, in nationalen und internationalen Kämpfen entscheidend einzugreifen.

In der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, der Internationale der Zukunft, werden sich alle die vereinigen, die mit alten Traditionen gebrochen und aus proletarischer Gesinnung heraus an die Arbeit gehen zur Befreiung des internationalen Proletariats.

In dieser Stunde sagen wir dem internationalen revolutionären Proletariat: Ihr müßt Euch erst frei machen von der Verklavung an die kapitalistische Welt durch parlamentarische Parteien und arbeitsgemeinschaftliche Gewerkschaften. Euch frei machen von jeglichem Führertum. Durch Selbstbewußtsein zum Klassenbewußtsein, zum internationalen Klassenbewußtsein, zum Weltrevolutionär!

Wie die KAPD. und die revolutionären Betriebsorganisationen geboren wurden aus der revolutionären Situation und dem revolutionären Wollen der Proletarier, und dann durch die Theoretiker diesem Wollen die Formulierung gegeben wurde, so muß auch die Kommunistische Arbeiter-Internationale aus dem revolutionären Wollen internationaler Proletarier geboren werden. Die KAPD. ist heute der Sammelpunkt internationalen revolutionären Wollens. Weil dieser Sammelpunkt gegeben ist in der KAPD., darum rufen wir Euch zu: Tut Eure höchste Pflicht, eine Kampfinternationale schaffen zu helfen, von unten auf, die ein Banner entrollt, das immer getragen ist von dem Willen des revolutionären Proletariats. Das Internationale Proletariat hat genug Illusionsinternationalen auf seinem Rücken tragen sehen. Die 2. Internationale hatte als höchste Forderung „Kampf gegen den Krieg". Daß sie versagt, der Krieg dieser gelgen. Es kann bei schnöhlichen Zusammenbruch am 4. August.

Die 3. Internationale, obwohl sie von der Revolution getragen war, mußte an ihrer geschichtlichen Aufgabe scheitern in dem Moment, wo sie um des Kompromisses mit dem Kapital willen das revolutionäre Ziel preisgab. Und nun diese 3½ Internationale. Sie ist wohl nicht für Parl